

Februar 2019  
Das VPOD-Magazin erscheint 10-mal pro Jahr

## Die Gewerkschaft

Schweizerischer Verband des Personals öffentlicher Dienste

# VPOD



**«Es sind Menschen, keine Werkstücke»**

Dossier Langzeitpflege: Mangelwirtschaft und Politikversagen

Das grosse Interview mit Pierre-Yves Maillard, neuer SGB-Präsident

# FRAUEN\*STREIK!



**MACH MIT ! JEDE FRAU IST WILLKOMMEN !**

**[WWW.VPOD.CH/FRAUENSTREIK](http://WWW.VPOD.CH/FRAUENSTREIK)**

## Themen des Monats

- 5** **Der Countdown läuft**  
Am 14. Juni 2019 ist Frauenstreik!
- 6** **Die desorientierte Generation**  
Junge Erwachsene im Dilemma zwischen traditionellen Familienvorstellungen und modernen Ansichten
- 7–9** **«Die Ökonomie steht im Zentrum»**  
Interview mit dem neuen SGB-Präsidenten Pierre-Yves Maillard
- 11–15** **Dossier: Langzeitpflege**  
Mangelwirtschaft und Politikversagen  
«Es sind Menschen, keine Werkstücke» – ein Gespräch mit Kollegin Annarös Dreyer, pensionierte Pflegefachfrau aus dem Kanton Glarus
- 16** **Zähe Zeitungen**  
Bücher über zwei linke Langzeitüberlebende des Pressesterbens: *WOZ* und *Schaffhauser AZ*

## Rubriken

- 4** **Gewerkschaftsnachrichten**
- 10** **Aus den Regionen und Sektionen**
- 17** **Sunil Mann: Bedingungslos (Teil 1)**
- 18** **Wirtschaftslektion: Mindestlöhne ohne negative Effekte**
- 19** **Wettbewerb: Konkrete Poesie**
- 20** **VPOD aktuell**
- 21** **Hier half der VPOD: Voll entlastet**
- 22** **Solidar Suisse: Renitente Kleinaktionärin**
- 23** **Menschen im VPOD: Milena Conzetti, Geografin und Forstingenieurin, Amt für Wald beider Basel**

### Redaktion/Administration:

Postfach 8279, 8036 Zürich  
Telefon 044 266 52 52, Telefax 044 266 52 53  
Nr. 1, Februar 2019  
E-Mail: [redaktion@vpod-ssp.ch](mailto:redaktion@vpod-ssp.ch) | [www.vpod.ch](http://www.vpod.ch)  
Erscheint 10-mal pro Jahr



Christoph Schlatter  
ist Redaktor des VPOD-Magazins

## Reisetagebuch eines bestreikten Gewerkschafters

Verdi hat gezielt – und getroffen: mich. Ausgerechnet auf den Tag meiner Rückreise von den Ferien ist ein Warnstreik des Sicherheitspersonals an den Berliner Flughäfen angesagt. Immerhin: Die Airline verschiebt den Flug nach Zürich vorsorglich um 3 Stunden, so dass ich nicht ganz so früh aus den Federn muss. Aber wer sich gegen 10 Uhr in Tegel einfindet, kommt vor lauter Volk erst einmal gar nicht in den Terminal. Gedränge herrscht auch drinnen. Und Verwirrung. Mehrere Schlangen stehen kreuz und quer durch die Halle; es erscheint fast unmöglich, das jeweilige Ende auszumachen und gleichzeitig zu wissen, wohin die Leute streben. Check-in? Sicherheitskontrolle? Die Anzeigetafeln melden einige Flüge als «gestrichen», andere stehen, Stunden nach der offiziellen Abflugzeit, noch drauf, die Gates wechseln, die Zeit vergeht. Meine Schlange kommt voran. Ich habe sicher schon 2 oder 3 Meter zurückgelegt. Aber führt sie überhaupt zur Gepäckabgabe? Nein, die Leute hier stehen für die Sicherheitskontrolle an. Die Gepäckschlange ist zwar kürzer, bewegt sich aber fast gar nicht. Grund: Immer wieder drängen sich Quereinsteiger vor, die ganz besonders eilig und wichtig sind. Ein Geschäftsmann verwirft die Hände. Ein vierjähriges Mädchen weint. Am Mittag sitze ich tatsächlich im Flieger. Zwar stand «Frankfurt» auf dem Display am Ausgang, aber der Scanner hat meinen Boardingpass akzeptiert, also wird man wohl Zürich ansteuern. Das meinen auch die Nachbarin und der Vordermann. Fehlt nur noch Ronja H., deren Gepäck bereits an Bord ist. Es müsste wieder ausgeladen werden, sollte die Dame nicht erscheinen.

In Zürich gelandet mit gut 3½ Stunden Verspätung. Und mit folgendem Erkenntnisgewinn: Das Durcheinander ist erstaunlich gesittet bewältigt worden. Kaum Geschrei und nur wenig Empörung. Das Anliegen des Streiks, eine bessere Bezahlung der Sicherheitskräfte, wird von vielen geteilt. Die anderen haben's wie ein Naturereignis hingenommen. Aber ein Naturereignis ist so ein Streik natürlich dennoch nicht. Verdi musste die privaten Sicherheitsunternehmen in einer Sprache ansprechen, die verstanden wird. Diese Firmen sind ihrerseits Opfer des Preiskampfs der Fluggesellschaften und der Flughäfen. Bewegung im Räderwerk des zergliederten Luftverkehrs geht nicht schmerzfrei vonstatten. Auch den Gewerkschaften ist in dieser Konstellation einiges abverlangt. Sie müssen dafür sorgen, dass nicht einfach nur jene Berufsgruppen profitieren, die besonders streikmächtig sind, weil sie mit wenig Aufwand viel durcheinander-, aber niemanden umbringen. Und sie müssen Mittel und Folgen abwägen.

Ein paar verärgerte Geschäftsleute darf man in Kauf nehmen. Und das Kind hätte mutmasslich sowieso geweint an diesem Morgen. Vierjährige tun das. Ein jedes setzt *seine* Waffen ein bei der Interessenwahrung.



Noch nicht geschafft: Lohngleichheit.

Geschafft: Landesmantelvertrag Bau.



Weitere Schritte sind notwendig, denn die Schweiz gibt beim Thema Gleichstellung ein schlechtes Bild ab. Im Globalen *Gender Gap Report* liegt sie auf Platz 34. Immerhin: Die Revision des Gleichstellungsgesetzes wurde letztlich verabschiedet – auch dank dem hartnäckigen Einsatz der Gewerkschaften. Auf grundlegende Auswirkungen wird man aber vergeblich warten, denn das Beschlossene ist infolge bürgerlicher Verwässerung viel zu schwach. Zudem winkt schon die Sunset-Klausel am Horizont: In 12 Jahren tritt das Gesetz von selber wieder ausser Kraft. | *vpod* (Foto: *pathdoc/Adobestock*)

### SGB wird Abbau des Lohnschutzes bekämpfen

Der SGB sieht angesichts des Institutionellen Rahmenabkommens mit der EU seine «schlimmsten Befürchtungen» bestätigt: Der Vertrag würde zu einem substanziellen Abbau der flankierenden Massnahmen führen, schreibt der Gewerkschaftsbund. Namentlich verunmögliche er der Schweiz, die Löhne so zu schützen, wie sie es für erforderlich hält. Und er liefere sie dem EU-Gerichtshof aus. Der SGB betont: «Ein solches Rahmenabkommen ist politisch chancenlos.» Notfalls würde es mit dem Referendum bekämpft. | *sgb*

### STAF kommt vors Volk

Das vom VPOD mitunterstützte Referendum gegen die Steuer- und AHV-Vorlage STAF ist zustande gekommen. Die Unterschriften wurden im Januar bei der Staatskanzlei eingereicht. Der VPOD hat seine Sammelquote mit 7000 Unterschriften übererfüllt. Die Abstimmung dürfte im Mai stattfinden. Der VPOD kritisiert, dass mit der Vorlage alte Steuervermeidungsinstrumente durch neue ersetzt und Unternehmenssteuern flächendeckend gesenkt werden – beziehungsweise auf die Kantone entsprechender Druck ausgeübt wird. | *vpod*

### Einigung auf dem Bau

Die Delegierten der Gewerkschaften Unia und Syna haben dem Verhandlungsergebnis im Baukonflikt klar zugestimmt, das nach 20 Verhandlungsrunden und zahlreichen Warnstreiks zustande gekommen ist. Aus Gewerkschaftssicht stehen eine generelle Erhöhung der Löhne um 80 Franken monatlich für die Jahre 2019 und 2020 sowie die Sanierung der Stiftung Flexibler Altersrücktritt FAR im Vordergrund. Die zu schluckende Kröte ist eine Flexibilisierung der Arbeitszeiten; so wird die Zahl möglicher Überstunden von 20 auf 25 pro Monat steigen, und für deren Abbau haben die Unternehmen einen Monat mehr Zeit. | *unia/slt* (Foto: *fotofrankyat/iStockphoto*)

### Lohnleichheit: Weitere Schritte nötig

Das Parlament hat in der Schlussabstimmung der Wintersession ein Zeichen für die Lohnleichheit gesetzt – mehr aber auch nicht.

### Höhere Franchisen sind untragbar

Der SGB warnt die Eidgenössischen Räte vor einer Anpassung der Krankenkassenfranchisen an die Kostenentwicklung. Es ist falsch, die heute schon horrende Kostenbeteiligung noch zu erhöhen, weil das insbesondere Pensionierte und Wenigverdienende trifft. Schon heute gehen Herr und Frau Schweizer viel seltener zur Ärztin als die Leute in den Nachbarländern. Wenn notwendige Konsultationen aufgeschoben werden, spart das kein Geld; auch die Behauptung, die Prämien würden dann weniger stark ansteigen, ist falsch. | *slt/sgb*

### Postverordnung: Rein sprachliche Änderungen

Was der Bundesrat als angeblich bessere Versorgung mit Postdienstleistungen präsentiert, ist in den Augen der Gewerkschaft Syndicom eine Mogelpackung: «Die Änderungen in der Verordnung sind rein sprachlicher Natur; keine einzige Poststelle wird damit erhalten.» Offensichtlich will der Bundesrat Aktivismus demonstrieren. Bei den «Zugangspunkten» zählt er die Agenturen mit, bei der Erreichbarkeit von Finanzdienstleistungen den Hausservice. | *syndicom/slt*

### GAV für Security-Branche gescheitert

Die Konferenz der privaten Sicherheitsbranche der Unia hat das Verhandlungsergebnis für die Erneuerung des GAV abgelehnt – damit droht 20 000 Beschäftigten ab Mitte Jahr ein vertragsloser Zustand. Laut Unia fehlen im GAV substanzielle Massnahmen gegen Lohndumping und eine Begrenzung der Wochenhöchst Arbeitszeit auf 50 Stunden. | *slt*

Am 14. Juni 2019 ist Frauenstreik!

# Der Countdown läuft

Mit einem Riesentransparent am Zürcher VPOD-Zentralsekretariat in Wiedikon startet der VPOD ins Frauenstreikjahr 2019. Es gibt viele Gründe zu streiken (Liste bitte selbständig ergänzen):

- Weil Frauen niedrigere Löhne haben.
- Weil die Arbeit von Frauen abgewertet wird.
- Weil die Altersrenten von Frauen 37 Prozent unter denen der Männer liegen.
- Weil Teilzeitarbeit eine Falle ist.
- Weil Hausarbeit nicht anerkannt wird und ungleich verteilt ist.
- Weil Erwerbsarbeit und Betreuungsaufgaben nicht wirklich vereinbar sind.
- Weil Gleichstellung gute öffentliche Dienste braucht.
- Weil sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz aufhören muss.
- Weil wir Gewalt gegen Frauen nicht hinnehmen wollen.
- Weil wir solidarisch mit Frauen aus aller Welt sind.
- Weil...
- ...



Junge Erwachsene im Dilemma zwischen traditionellen Familienvorstellungen und modernen Ansichten

# Die desorientierte Generation

**Junge Erwachsene sind, auch wenn sie noch keine Kinder haben, im Dilemma zwischen traditionellen Familienbildern und modernen Ansichten von Gleichberechtigung. Diese Zwickmühle legt eine Nationalfondsstudie offen.** | Text: SNF/VPOD (Foto: REHvolution.de/photocase.de)



*Noch ehe der erste Nachwuchs da ist, stecken junge Erwachsene im Dilemma zwischen Kind und Karriere.*

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist bekanntlich ein aufreibender Balanceakt. Bislang hat sich die Forschung dabei vor allem auf Frauen fokussiert, die bereits Kinder haben. Wie sich hingegen kinderlose Erwachsene ihre berufliche Zukunft und ihr späteres Familienleben vorstellen, ist noch wenig untersucht. Unterstützt durch den Schweizerischen Nationalfonds, gingen Forschende unter Leitung von Andrea Maihofer dieser Frage nach. Das Team vom Zentrum Gender Studies an der Universität Basel führte 48 qualitative Interviews mit jungen Erwachsenen bis Anfang 30.

## Dilemma vor der Elternschaft

Die Befunde überraschen: Noch immer sehen sich die Männer als zukünftige Haupternährer der Familie. Gleichzeitig wollen sie bereits ab Geburt für ihre Kinder dasein. Spiegelverkehrt gehen Frauen nicht davon aus, später die finanzielle Hauptverantwortung für die Familie zu tragen. Sie identifizieren sich zwar immer stärker über das berufliche Engagement, betrachten die Kinderbetreuung aber primär als Aufgabe der Mutter. Beide

Geschlechter stecken also bereits im Dilemma, noch ehe sie Eltern sind. Auch weil sie die Aufteilung von Erwerbsarbeit und Kinderbetreuung als eine Angelegenheit betrachten, die jedes Elternpaar individuell zu regeln hat, ohne Unterstützung durch die Gesellschaft. Gemäss den Forschenden waren Männer lange Zeit zufrieden, wenn sie hauptsächlich bei *älteren* Kindern als Väter involviert waren. Die Entwicklung hin zu einer frühen präsenten Vaterschaft sei neu. Fast alle wünschten sich heute eine Arbeitsreduktion auf 80 Prozent. «Dabei ist häufig nur bei einer Vollzeitbeschäftigung jene berufliche Entwicklung möglich, welche die jungen Männer noch immer anstreben», sagt Andrea Maihofer. Die kinderlosen Männer nehmen ihr Arbeitsumfeld bezüglich Teilzeit und Vereinbarkeit als unflexibel bis ablehnend wahr. Sie setzen sich aber nicht aktiv für Veränderungen ein, indem sie sich zum Beispiel politisch engagieren.

Bei den jungen Frauen stellt Maihofer fest, dass sie stärker als früher auf den Erhalt ihrer beruflichen Identität und ihrer wirtschaftlichen Eigenständigkeit achten. Dass sie

hingegen die ökonomische Verantwortung für die Familie übernehmen könnten, sollten oder müssten, ist nicht auf ihrem Radar. Auch junge Frauen erleben die strukturellen Bedingungen der Arbeitswelt als starr und hinderlich. So sprechen sie in den Interviews oft davon, dass frau «Glück haben» müsse – zum Beispiel einen verständnisvollen Chef –, um Familie und Beruf dereinst zufriedenstellend vereinbaren zu können.

## Eine Typfrage?

Trotz der noch wirksamen stereotypen Rollenbilder wollen die kinderlosen Erwachsenen von einer Hierarchie zwischen den Geschlechtern nichts wissen. In ihren Schlussfolgerungen betonen die Forschenden, dass die jungen Männer und Frauen von heute die gleichzeitig existierenden traditionellen und neuen Vorstellungen erst mühsam erproben müssen, da sie kaum auf Vorbilder zurückgreifen können. Die jungen Erwachsenen gehen dabei davon aus, dass die spätere Aufteilung von Berufs- und Familienarbeit stark vom jeweiligen «Typ» Vater und Mutter abhängt und vom Paar individuell abgesprochen werden muss.

Andrea Maihofer kommentiert diesen Befund: «Die Annahme von der individuellen Einzigartigkeit der Mütter und Väter lässt den jungen Erwachsenen die gleichberechtigte Gestaltung ihres Familien- und Berufslebens als ihr alleiniges Problem erscheinen.» Sie sieht darin die Gefahr, dass dies «den Blick auf die Verantwortung von Staat und Gesellschaft verstellt» – ein Umstand, den sie durch die in Politik und Gesellschaft beliebte Rede von der Eigenverantwortung noch verstärkt sieht.

*Andrea Maihofer, Sandra Hupka-Brunner, Karin Schwiter, Diana Baumgarten, Nina Wehner: Wie beeinflussen Vorstellungen von Familie und Beruf die Berufsverläufe von jungen Männern und Frauen? Ergebnisse des Forschungsprojekts: Antizipierte Elternschaft und Berufstätigkeit. Zur Wechselbeziehung von Familien- und Berufsvorstellungen junger Erwachsener. Zentrum Gender Studies, Basel 2018.*

Interview mit Pierre-Yves Maillard, neu gewählter Präsident des SGB

# «Die Ökonomie steht im Zentrum»

Pierre-Yves Maillard ist der neue Präsident des SGB. Das VPOD-Magazin erörterte mit ihm die Gretchenfragen aus VPOD-Sicht: Wie hältst du's mit den Frauen? Mit Europa? Und mit der Balance innerhalb des SGB?

| Interview: Christoph Schlatter (Fotos: Yoshiko Kusano)

**VPOD-Magazin: Pierre-Yves Maillard, du hast dich im Vorfeld der Wahl zum SGB-Präsidenten – in der «Rundschau» des Schweizer Fernsehens – beklagt, dass du als Mann ausgegrenzt werdest. Möchtest du das so stehen lassen, wo du jetzt ja doch gewählt worden bist, trotz deines Geschlechts?**

Dieser aus dem Zusammenhang eines längeren Gesprächs geschnittene Satz ist überinterpretiert worden. Der Anspruch der Frauen auf angemessene Repräsentation stand für mich nie zur Debatte. Klar ist aber auch, dass die Gewerkschaften diesbezüglich nicht so schlecht aufgestellt sind. Es gibt starke Frauen in unserer Bewegung, auch in Spitzenämtern. In dieser Konstellation ist für mich klar: Es ist auch uns Männern möglich, etwas zugunsten der Frauen zu bewegen und zu bewirken. Und ich bin nicht einverstanden, wenn gesagt wird, Männer könnten in dieser Frage sozusagen «von Natur aus» nichts beitragen. Die Idee der Solidarität bedeutet ja, dass wir uns eben nicht nur für unser persönliches Interesse stark machen. Sondern dass wir auch für andere kämpfen. Aus dieser Warte muss auch ich als Mann mich für eine bessere Stellung der Frauen in der Arbeitswelt und der Gesellschaft einsetzen – und einsetzen dürfen.

**Aber heisst es nicht in der Internationale:**

**«Uns von dem Elend zu erlösen, können wir nur selber tun»?**

Dabei geht es um den Klassenkampf. Und richtig: Die unteren Klassen können nicht einfach darauf hoffen, dass die oberen etwas für sie tun. Ich habe selber in meinem Kanton für mehr Arbeiterinnen und Arbeiter auf den Wahllisten plädiert, weil keine authentische Politik für die Arbeiterschichten möglich ist ohne die Betroffenen. Aber das heisst nicht, dass man nichts für die Arbeiterklasse unter-

*«Auch ich als Mann darf mich für eine bessere Stellung der Frauen einsetzen.»*

Pierre-Yves Maillard.



nehmen kann, wenn man ihr nicht selber angehört. Wir Linken sind nicht einfach eine Ansammlung von Geschöpfen, die ihrer Natur wegen diskriminiert sind. Wir sind der Zusammenschluss von Menschen, die ökonomisch übereinstimmende Interessen haben. Auch dann, wenn wir unterschiedlichen Völkern oder Geschlechtern angehören.

**Also steht die marxistische Sichtweise**

**nach deiner Lesart in einem gewissen Konflikt mit der sogenannten Identitätspolitik, also Themen wie Gender, Antirassismus, LGBTI-Rechte usw.?**

Ich orientiere mich in erster Linie an ökonomischen

*«Die Lohnabhängigen sind schwach genug und sollten sich nicht selber auseinanderdividieren.»*

Kriterien. Das bedeutet nicht, dass die anderen Fragen ohne Bedeutung wären. Die Frauen sind diskriminiert. Auch hier und heute. Zwar weniger als in anderen Ländern.

Und weniger als vor 30 oder 50 Jahren. Aber immer noch. Das ist Fakt. Aber unter den Frauen, auch unter den weiblichen Arbeitnehmenden, gibt es die schlecht ausgebildete Geringverdienerin, die mit dem männlichen Kollegen an der Supermarktkasse wohl deutlich mehr gemeinsame Interessen hat als zum Beispiel mit der Besitzerin eines Pharmakonzerns. Als Gewerkschaft stehen wir zuallererst ein für die Überwindung der wirtschaftlichen Benachteiligung – über all das hinweg, was uns sonst trennen mag. Die Lohnabhängigen sind schwach genug. Sie sollten sich nicht noch selber auseinanderdividieren.

*«Als Gewerkschaft stehen wir zuallererst ein für die Überwindung der wirtschaftlichen Benachteiligung.»*

**Verstehst du trotzdem, dass viele Gewerkschafterinnen enttäuscht waren über die Wahl eines Mannes?**

Ich verstehe die Debatte, ich verstehe die Forderung, ich kann auch die Enttäuschung nachvollziehen. Ich wende mich nur dagegen, dass diese Grundsatzdebatte an Personen festgemacht wurde. Alle potenziellen Kandidierenden, auch die Männer, wurden von einer offiziellen Wahlkommission kontaktiert. Das heisst: Das Geschlecht war kein No-Go, sondern es standen Qualität, Motivation und Hintergrund der Bewerbung an erster Stelle. Ohne diese Zusicherung hätte ich nie kandidiert. Auch hat niemand die Grundsatzfrage bereits vor der Wahl einer Klärung zugeführt, zum Beispiel an einer Delegiertenversammlung. Dann wäre der ganze Prozess anders abgelaufen.

**Lass uns den Blick jetzt aber in die Zukunft wenden! Wo werden wir Pierre-Yves Maillard am 14. Juni antreffen?**

Ich trete mein Amt ja erst am 6. Mai an – die Vorbereitungen für den Streik aber laufen längst.

Am fraglichen Freitag werde ich sicher in der Bewegung sein, aber ich werde mich nicht in den Vordergrund drängen. So habe ich es auch bereits am SGB-Kongress versprochen.

**Es ist ja eine Zwickmühle für uns Männer. Unterstützen wir die Frauen? Dann heisst es: Schwatzt nicht immer drein, wir können das auch ohne euch. Bleiben wir fern? Wie unsolidarisch! Fangen wir auf, was durch weibliches Streiken fehlt, etwa in der Betreuung von Kindern und Angehörigen? Damit wären wir ja quasi Streikbrecher...**

Du hast recht, das alles ist nicht ohne Tücke. Aber die Schwierigkeit ist nicht neu. Es galt und gilt immer wieder auszuhandeln, wie jene Männer, die die Gleichstellung unterstützen, mitwirken können. Auch schon 1968 waren die linken Männer bekanntlich total feministisch eingestellt – solange es bei der Theorie blieb... Kurz: Der 14. Juni gehört den Frauen. Jetzt ist die Zeit, klare Themen zu setzen und konkrete Forderungen aufzustellen, die dann am Streiktag vertreten werden. Von Frauen. Für Frauen. Und mit der Unterstützung der solidarischen Männer.

**Wir kommen jetzt mal zu einem anderen Thema, es gibt ja noch zwei, drei andere in der Gewerkschaftsbewegung. Punkto Europa stecken wir offensichtlich ziemlich in der Sackgasse. Die «roten Linien»**

**sind perdu. Ist es da sinnvoll, auf der bisherigen harten Haltung zu bestehen?**

Inzwischen kennen wir auch den Text des Rahmenabkommens, wie es – aus Sicht der EU – fertig ausgehandelt ist. Nach der Lektüre bin ich noch viel überzeugter als vorher: Die Schweiz darf dieses Abkommen auf keinen Fall unterzeichnen.

**Ein Teil der flankierenden Massnahmen könnte gerettet werden.**

Die Flankierenden – die eigentlich ausgebaut gehören und nicht geschwächt – sind nur ein Grund, warum das Abkommen abzulehnen ist. Ich habe auch die anderen Kapitel

gelesen. Jenes über die staatlichen Beihilfen – es betrifft den VPOD ganz speziell – ist mir besonders sauer aufgestossen. Es würde bedeuten, dass wir all die Service-public-Errungenschaften in Frage stellen müssten, die wir

im Gegensatz zu den EU-Ländern haben bewahren können. Das betrifft die Kantonalbanken, die integrierte Bahn, die Energiepolitik, die Wirtschaftsförderung in den Kantonen. In all diesen Punkten müssten wir uns letztlich einer inneren und einer europäischen Kontrolle unterwerfen, einer Maschinerie, die ohne Rücksicht auf schweizerische Besonderheiten und auf gewachsene Strukturen liberalisiert und privatisiert, was nicht niet- und nagelfest ist. Und das dritte Problem ist aus meiner Sicht, dass wir uns auch auf die Übernahme künftigen EU-Rechts verpflichten.

**Was allerdings faktisch schon jetzt geschieht. Und was auch beim EWR bereits Teil des Menüs war und ist.**

Es ist allerdings etwas anderes, wenn diese Übernahme im Hinblick darauf geschieht, dass die Schweiz eines Tages EU-Mitglied wird – wie das in früheren Planungen der Fall war. Diese Perspektive besteht heute offiziell nicht mehr. Und ohne die Idee, sich zu

beteiligen, nimmt sich diese Rechtsübernahme deutlich anders und staatsrechtlich sehr fragwürdig aus.

**Ich verstehe deine Argumentation. Aber was ist dann der Plan B? Wir sehen, was derzeit**

**in Grossbritannien geschieht. Ein Schwexit käme, im Gegensatz zum Brexit, zwar nicht von einem Tag auf den anderen. Aber ein langsames Zerbröseln der Bilateralen ist doch auch keine wirkliche Perspektive – auch nicht für die Lohnabhängigen in diesem Land.**

Das ist eine Frage der globalen wirtschaftlichen und sozialen Orientierung. Wenn die EU intern und nach aussen wieder attraktiver werden will, braucht sie dringend eine Trendwende. Wir müssen einfach festhalten, dass die wirtschaftlichen Erfolge der Schweiz in

den letzten zwei Jahrzehnten nicht darauf basieren, dass wir neoliberaler gewesen wären als die anderen. Sondern im Gegenteil darauf, dass wir Sozialwerke und Service public besser verteidigt haben als die Länder der EU. In der Krise von 2008 hat es sich beispielsweise ausgezahlt, dass wir über Kantonalbanken verfügten. Ausserdem muss man über das Schicksal der linken Parteien in Europa nachdenken. Wo sie die Interessen der Arbeitnehmenden vernachlässigt haben, ist ihnen das nicht gut bekommen. In Italien gibt es die Linke so gut wie nicht mehr. In Frankreich liegen die Sozialisten bei 6 Prozent. Selbst die einst grosse deutsche Sozialdemokratie dümpelt bei 15 Prozent.

**Wir müssten also notfalls Seite an Seite mit der SVP das Referendum gegen das Rahmenabkommen stemmen?**

Die Frage, mit wem man ein Referendum macht, ist eine Nebenfrage. Die wirkliche Frage lautet: Was sind unsere Überzeugungen? Ich würde niemals meine tiefsten Überzeugungen verraten, nur um keine Gemeinsamkeit mit der SVP zu haben. Ganz abgesehen davon, dass es die SVP ist, die

das eigentliche Problem mit dem Rahmenvertrag hat. Denn Privatisierung, Liberalisierung und Deregulierung, die darinstehen, entsprechen genau ihrer Politik. Sie könnten das alles quasi gratis bekommen – durch das Rahmenabkommen. Und

nur ihre nationalistische Haltung hindert sie, das anzunehmen.

**Die politischen Fragen, die weltweit anstehen – den Planeten retten, Big Brother eindämmen, Steuern einziehen auch von**

«Die EU braucht eine Trendwende, die sie intern und extern wieder attraktiver macht.»

«Die Schweiz darf dieses Rahmenabkommen auf keinen Fall unterzeichnen.»

«Es gilt, globale Regeln für eine globale Wirtschaft zu finden. Aber die EU tut gerade das Gegenteil davon.»



**Google & Co. –, sind doch grösser als die Länder. Da braucht es doch staatliche Akteure mindestens vom Format einer EU.**

Ich verlange nicht, dass meine heutigen Worte für ewig in Stein gemeisselt werden. Aber im jetzigen Klima neoliberaler Besessenheit sollten wir nichts unterschreiben. Die Lage wird sich, so hoffe ich, in ein paar Jahren anders darstellen. Die Linke wird erwachen, hoffentlich auch in der EU. In der Tendenz hast du natürlich Recht: Es gilt, globale Regulierungen für eine globale Wirtschaft zu finden. Aber die Deregulierungsmaschine EU tut ja gerade das Gegenteil. Und die Linke hat sich in den letzten 30 Jahren vor allem in soziologischen Kämpfen verausgabt und das ökonomische Feld vernachlässigt. Dabei ist die Wirtschaft das Allerwichtigste. Natürlich: Man kann immer für die Freiheit kämpfen. Aber man kann das sehr viel besser tun, wenn es nicht grosse Bevölkerungsteile gibt, die prekär leben oder in die Prekarität rutschen oder die zumindest davon ausgehen müssen, dass es ihren Kindern nicht mehr so gut gehen wird wie ihnen.

**Damit sind wir beim dritten Thema, das ich mit dir anschauen möchte: der SGB-internen Balance. Es gibt in den letzten Jahren zunehmend Kämpfe zwischen SGB-Verbänden. Und fast immer ist der VPOD betroffen. Entweder weil**

**in den SGB aufgenommene Berufsverbände auf seinem ureigenen Gebiet tätig sind. Oder weil die Unia neuerdings einen Teil des VPOD-Terrains für sich beansprucht. Deine Aussagen an unserer Delegiertenversammlung sind da nicht so gut angekommen.**

Ich gebe zu, dass ich mit einer gewissen Naivität in eure Versammlung gekommen bin und mich vielleicht nicht so ausgedrückt habe, dass es für alle gut verständlich war. Was ich habe sagen wollen: Ich bin der Ansicht, dass sich der SGB als Dachverband um Organisations- und Rekrutierungsfragen kümmern muss. Wenn man wirklich eine Union sein will, dann muss man in diesen Bereichen gemeinsame und tragfähige Lösungen erarbeiten. Und es sind doch weniger die grossen, sondern eher die kleineren Verbände, die Interesse an einer sauberen Regelung innerhalb des SGB haben. Oder etwa nicht?

---

*«Keine Angst: Es gibt genügend Arbeit und genug potenzielle Mitglieder für alle SGB-Gewerkschaften.»*

---

**Zumindest einzelne Vertreterinnen und Vertreter der ganz Grossen benehmen sich eher so, als ob es bereits eine Einheitsgewerkschaft namens Unia gäbe...**

Was ja den SGB überflüssig machen würde. Wenn

ich eine solche Agenda verfolgen würde, würde ich mich gewiss nicht im SGB engagieren. Keine Angst: Es gibt genug zu tun für uns alle. Und es gibt auch genügend Nichtmitglieder, die für die Gewerkschaft gewonnen werden können. Wir müssen uns also nicht gegenseitig die bestehenden Mitglieder abjagen. Aber es ist auf jeden Fall leichter, Mitglieder zu gewinnen, wenn wir insgesamt in einer positiven Dynamik sind.

**Dabei geht es ja auch um das Know-how. Wenn ich im Gesundheitswesen arbeite, dann soll ich in jener Gewerkschaft Mitglied sein, die sich im Gesundheitswesen auskennt. Und zwar unabhängig von der Frage, ob mein Spital noch Teil der öffentlichen Verwaltung oder eine privatrechtliche AG ist.**

---

*«Eine geregelte Kooperation innerhalb des SGB ist sicher besser als Konfrontation.»*

---

Ich bin absolut deiner Meinung. Allerdings ist es auch kein Geheimnis, dass die gewerkschaftliche Präsenz etwa in den Altersheimen und bei der Spitex nicht riesig ist. Und es sind diese Bereiche, die überproportional wachsen werden, während gleichzeitig deren Finanzierung immer weniger gesichert ist. Hier gibt es Arbeit für die Gewerkschaft!

**Es ist keine neue Erkenntnis, dass diese Arbeit gerade dort besonders schwer ist, wo sie besonders notwendig wäre. Dort, wo die doppelt und dreifach belasteten Frauen arbeiten, die nach Feierabend einkaufen und das Kind aus der Krippe holen müssen.**

Gewerkschaftliche Aktivitäten in diesen neuen Feldern, die am Entstehen sind, benötigen jedenfalls Mittel. Da frage ich lediglich: Hat der VPOD die dazu nötigen Ressourcen, oder braucht er Unterstützung? Wenn es gelingt,

diese Frage sachlich zu diskutieren und eine durchdachte, geregelte Kooperation zu schaffen, ist das sicher besser als Konfrontationen. Ich zumindest erachte das als Teil meiner präsidialen Aufgabe und werde dazu gerne Hand bieten.



*Möchte in die Wachstumsbereiche investieren:  
SGB-Präsident Pierre-Yves Maillard.*



Geprellt: Personal des Opernhauses Zürich.



Abgeschlagen: Löhne in den Aargauer Spitälern.

Versorgung einkaufen. Ausländische Beispiele zeigen, dass damit die Qualität des Wassers abnimmt, während die Preise steigen und die Löhne sinken. Irgendwo muss der private Profit ja herkommen... Daher ist das Wassergesetz bachab zu schicken, zumal es auch umweltpolitisch falsche Zeichen setzt. | slt

### «Umkleiden ist Arbeitszeit» zeigt erste Wirkung

Die Kampagne «Umkleiden ist Arbeitszeit», mit welcher der VPOD Zürich den Spitälern einheizt, zeitigt erste Erfolge. Der Zürcher Regierungsrat gibt dem VPOD vollumfänglich Recht; es sei «naheliegender, dass vom Arbeitgeber vorgeschriebenes und für die Berufsausübung erforderliches Umkleiden von Alltags- in Dienstbekleidung (und umgekehrt) am Arbeitsplatz grundsätzlich als Arbeitszeit zu gelten hat», schreibt er. Der VPOD fordert die Spitäler auf, dem Beispiel der privaten Schulthess-Klinik zu folgen, welche seit 1. Januar eine Viertelstunde für den Kleiderwechsel anrechnet. Notfalls wird geklagt. | vpod

### Nein zur Basler Unispital AG

Basel-Stadt und Baselland stehen vor der Abstimmung über die Spital-AG (Universitätsspital Nordwest). Der VPOD lehnt die Vorlage ab, denn die Aktiengesellschaft bedeutet Verschlechterungen und Unsicherheiten für Personal und Patientinnen und Patienten. Für ein Nein spricht auch, dass der vom Staatsvertrag vorgesehene GAV noch nicht zu Ende verhandelt ist – und dass er bei einer Kündigung des Staatsvertrags dahinfallen würde. | vpod

### EWB: 15 Tage für Angehörigenpflege

Energie Wasser Bern (EWB) hat sich mit den Sozialpartnern, darunter der VPOD, auf Verbesserungen bei der Vereinbarkeit von Erwerbsarbeit und Familie geeinigt. Seit Anfang Jahr haben die Beschäftigten Anrecht auf bis zu 15 bezahlte Arbeitstage für die Pflege von nahen Angehörigen und eigenen Kindern. Ist eine längere Pflegezeit nötig, sichert der Arbeitgeber die Möglichkeit zu einer vorübergehenden Reduktion des Arbeitspensums, notfalls auch zu unbezahltem Urlaub zu. Der Vaterschaftsurlaub – bisher 10 Tage – wird auf 15 Tage ausgeweitet. VPOD-Sekretär Michel Berger sieht die Errungenschaften im GAV als fortschrittliche Lösung. | vpod

### Zürcher Wasser gehört allen

Das heutige Zürcher Wassergesetz ist ein Flickwerk und gehört ersetzt. Aber die bürgerliche Kantonsmehrheit hat den Bundesauftrag missbraucht, um Rechtsgrundsätze und Umweltziele in Frage zu stellen. Der VPOD ruft daher zu einem Nein am 10. Februar auf. Gemäss dem neuen Gesetz könnten sich private Konzerne in die öffentliche

### Opernhaus Zürich: Lohnrückstand immer grösser

Dem Kanton Zürich geht es finanziell blendend. Aber diese Lage wird nicht genutzt, den Rückstand bei der Lohnentwicklung des Staatspersonals (3 Prozent gemäss UBS-Lohnstudie) aufzuholen. Im Gegenteil: Auch 2019 bleibt man unter der UBS-Marke; der Rückstand vergrössert sich. Besonders hart trifft es die Angestellten des Opernhauses: Ihnen hat der Kantonsrat sogar den vollen Teuerungsausgleich gestrichen. | vpod (Foto: Roland Fischer/Wikimedia)

### Aargauer Spitäler «abgeschlagen»

Die Lohnverhandlungen mit den Aargauer Spitälern (Kantonsspitaler Baden und Aarau sowie Psychiatrische Dienste Aargau) sind gescheitert. Es wird lediglich ein Plus von 0,8 Prozent gewährt, was die Teuerung nicht ausgleicht. Der VPOD hatte eine echte Lohnerhöhung gefordert. Gemäss VPOD-Regionalsekretärin Silvia Dell'Aquila ist der Aargau auf dem Gesundheits-Arbeitsmarkt daher «abgeschlagen und nicht konkurrenzfähig». Ein Grund für das Sparregime liegt darin, dass die Spitäler Geld für Neubauprojekte benötigen, das sie nun durch Sparen beim Personal aufbringen wollen. In Aarau wurde eine Protestpetition mit 2340 Unterschriften übergeben. Man habe mehr verdient als «einen feuchten Händedruck», heisst es darin. | slt (Foto: Stefan Wey/Wikimedia)

### SR Technics: Keine Einigung

Auch bei den Lohngesprächen zwischen VPOD Luftverkehr (mit dem KV) und der SR Technics Switzerland (Flugzeugwartung) gab es kein Ergebnis, sondern eine Nullrunde. Die Personalverbände hatten 1 Prozent verlangt. Die ehemalige Swissair-Tochter SR Technics ist Teil der chinesischen HNA-Gruppe und untersteht einem GAV. | vpod

Gegen 200 000 Beschäftigte arbeiten in der Schweiz in der Langzeitpflege und -betreuung

# Mangelwirtschaft

**In den Alters- und Pflegeheimen sind es rund 150 000, weitere 38 000 arbeiten in der aufsuchenden Pflege und Betreuung: Obwohl die Branche volkswirtschaftlich bedeutend ist, fehlt es an fast allem: an Geld, an Zeit, an guten Regeln, an Ausbildung und am Gesundheitsschutz.** | Text: Elvira Wieggers, VPOD-Zentralsekretärin (Foto: subman/iStockphoto)

Der Gesundheitsbereich befindet sich seit rund 20 Jahren im Umbruch. Viele Kantone und Gemeinden verfolgen eine Privatisierungs- und Auslagerungspolitik, von der auch Alters- und Pflegeheime nicht verschont bleiben. Vielerorts fehlen Mittel und Wille, einen qualitativ hochstehenden Service public zu gewährleisten. Häufiger Anlass für Auslagerungen ist, dass die in die Jahre gekommenen Gebäulichkeiten der Heime renovationsbedürftig sind und das Geld für eine Modernisierung fehlt. Nicht immer gelingen solche Pläne. So scheiterte die Privatisierung der Bieler und jene der Aarauer Heime 2017, diejenige in der Zürcher Gemeinde Hombrechtikon 2018 an der Urne.

## Gewollte Verlagerung

Zugleich findet fast flächendeckend eine Verlagerung von der stationären zur ambulanten Versorgung statt. Diese politisch gewollte Verschiebung setzt auch die ambulanten Strukturen immer stärker unter Druck. Sie sind auf den Wandel weder vorbereitet noch dafür genügend finanziert. Und sie werden immer mehr durch gewinnorientierte private Spitex-Firmen konkurrenziert, die dank tieferen Löhnen tiefere Preise anbieten können.

Über 154 000 Personen arbeiten gemäss Bundesamt für Statistik (BFS) in den Schweizer Alters- und Pflegeheimen. Davon sind rund 40 Prozent in den Bereichen Administration, Verwaltung, Hauswirtschaft und Hotellerie angestellt, 60 Prozent arbeiten in der Pflege und der Betreuung. Über 80 Prozent der Beschäftigten sind Frauen. Mit 17 bzw. 14 Prozent die stärksten Gruppen sind das Personal ohne Ausbildung und die Pflegehelferinnen SRK (die lediglich 120 Stunden Grundausbildung absolviert haben). Stark zunehmend sind die FaGe – und die Fachkräfte mit ausländischem Diplom.

Weitere rund 37 000 Beschäftigte sind in der gemeinnützigen ambulanten Pflege und Betreuung tätig – Zahlen gemäss BFS für 2016. Angestellt bei über 580 Organisationen,

*Zu wenig Zeit,  
zu wenig Geld:  
In der Langzeit-  
pflege liegt vieles  
im Argen.*



versorgen sie über 80 Prozent aller Spitex-Beziehenden. Daneben arbeiten geschätzt 10 000 Personen – überwiegend Frauen aus Ostmittel- und Osteuropa – unter oft prekären Bedingungen in der privaten 24-Stunden-Betreuung. Deren Unterstellung unter das Arbeitsgesetz und einen eigenen GAV ist vorerst gescheitert. Der Bundesrat hat entschieden, den Bereich mittels kantonaler Normalarbeitsverträge (NAV) zu regulieren – ein Instrument, dem die Verbindlichkeit fehlt.

Die Unterschiede bezüglich Arbeitsbedingungen zwischen öffentlich-rechtlichen und privatrechtlichen (aber teilweise öffentlich finanzierten) Betrieben sind gross. Die Privaten bieten in ihren Einzelarbeitsverträgen oft nur das Minimum; besonders in der Westschweiz und im Tessin gibt es aber kollektive Regelungen. In der Deutschschweiz übernimmt der GAV Dedicar der Alters- und Pflegeheime des Kantons Bern eine Vorreiterrolle. Grösste Erregungenschaft darin ist der Mindestjahreslohn von 50 000 Franken brutto.

Es ist paradox: Ausgerechnet das Personal im Gesundheits- (und im teilweise überlappen-

den Sozial-) Bereich ist selber besonders stark von Gesundheitsproblemen betroffen. Meist treten mehrere psychosoziale Risiken gleichzeitig auf: hoher Zeitdruck, zu geringe Ruhezeit, Überlastung, Gewalt oder Bedrohung, Mobbing, emotionale Belastung und Angst vor Kündigung. Dazu kommt ein Abnehmen der Gestaltungsspielräume, überhaupt verringerte Selbständigkeit und zunehmende Bürokratie (siehe folgende Seiten).

## Zusätzlicher Bedarf

Der Bedarf an Pflegerinnen und Betreuern wird in den kommenden Jahren steigen: Die Babyboomer stehen vor der Pensionierung, was sich sowohl im Arbeitsmarkt als auch bei der Zahl der Pflegebedürftigen niederschlagen wird. Gemäss dem Gesundheitsobservatorium Obsan braucht es allein bis 2025 fast 30 000 zusätzliche Kräfte in der Langzeitpflege. Dabei ist die Situation jetzt schon angespannt, weil generell fast die Hälfte der Arbeitnehmenden wieder aus dem Gesundheitsbereich aussteigt. Die Fachkräfte-Initiative des Bundes soll Gegensteuer geben.

Gespräch mit Kollegin Annarös Dreyer, pensionierte Pflegefachfrau aus dem Kanton Glarus

# «Es sind Menschen, keine Werkstücke»

In die Pflege und Betreuung von alten Menschen fliesst zwar mehr Geld als je zuvor – aber es landet nicht dort, wo es nötig wäre: bei Pflegebedürftigen und Pflegenden. Nach fast einem halben Jahrhundert im Pflegeberuf zieht Kollegin Annarös Dreyer eine bittere Bilanz. | Interview und Porträtfoto: Christoph Schlatter (Foto Seite 14: Cattari Pons/photocase.de)

Annarös Dreyer hat ihr ganzes Berufsleben in der Pflege zugebracht, in verschiedenen Kantonen und in verschiedenen Bereichen – in der Akutpflege zunächst, zwei Jahrzehnte als Lehrkraft, und die letzten Jahre im Bereich der Langzeitpflege; dort war sie als Pflegedienstleiterin und interimistisch als Heimleiterin tätig. Inzwischen ist die Glarnerin, die ganz zuhinterst im Zigerschlitz zuhause ist (viel Schnee! viel Aussicht!), seit drei Jahren in Pension. Die damit verbundene Freiheit nutzt die Kollegin, um vermehrt offen zu reden über die Fehlentwicklungen und Missstände in der Pflege und Betreuung alter Menschen.

Ernüchternde Bilanz Dreyers: «Obwohl wir dafür mehr Geld ausgeben als je, ist die Qualität von Pflege und Betreuung in den Einrichtungen der Langzeitpflege gesunken. Es gibt sehr gute Ausbildungen, aber sie werden zu schwach finanziert und zu wenig nachgefragt. Stattdessen wird ungelerntes oder auf Sekundarstufe ausgebildetes Personal eingesetzt, das seine Fachkompetenzen überschreiten muss, um seine Aufgaben erledigen zu können. Die Finanzierungssysteme atmen eine branchenfremde Logik, die mit dem, was vor Ort geboten wäre, nicht übereinstimmt. Und unerfüllbare Anforderungen vertreiben die besten Leute.»

Wie konnte es so weit kommen? Müsste denn nicht allein die Tatsache, dass alle Menschen Eltern haben, von denen viele einmal in die Pflegebedürftigkeit rutschen, dafür sorgen, dass eine gewisse Kontrolle stattfindet, dass die ärgsten Auswüchse abgestellt werden? In der Schule mischen sich heutige Eltern ein, wachen mit Argusaugen darüber, dass ihre Kinder maximal gefördert und minimal gemobbt werden – in den Altersheimen aber sorgen sich die erwachsenen Kinder offenbar nur wenig um ihre Eltern und protestieren kaum je, selbst wenn sie Anzeichen für Vernachlässigung oder schlechte Behandlung finden.

## Das schlechte Gewissen der Kinder

Aus Sicht von Annarös Dreyer hat das mit Verdrängung zu tun: «So ganz genau wollen viele nicht wissen, was in 30 Jahren auf sie selber zukommt.» Und dann sei da bei sehr vielen das schlechte Gewissen, die Angehörigen «abgeschoben» zu haben: Es fehlt die Zeit, die Beziehung in der gewünschten Tiefe und Kadenz aufrechtzuerhalten. Zudem fürchten viele, dass ihre Eltern unter einer Beanstandung zu leiden hätten und (noch) schlechter behandelt würden als zuvor.

Auch wenn es die Beschäftigten sind, die Missstände zur Sprache bringen, hat das oft

nicht die gewünschte Wirkung. Wer das, was falsch läuft, an die Öffentlichkeit oder in die eigentlich zuständigen politischen Gremien trägt, bekommt intern Probleme und wird als Nestbeschmutzer beschuldigt. Wer hingegen den Dienstweg beschreitet und sich mit den Beobachtungen an die Vorgesetzte wendet, erlebt oft, dass die Intervention ohne jede Wirkung bleibt. Im besten Fall. Häufig kommt es aber auch zu sehr seltsamen «Zufällen»: Mitarbeiterin A., die ein Problem mehrfach angesprochen hat, stellt fest, dass ihre Wünsche in der Dienstplanung neuerdings überhaupt nicht mehr berücksichtigt werden. Oder ihr wird – sanft oder weniger sanft – bedeutet, dass sie infolge mangelnder Anpassungsfähigkeit «nicht teamkompatibel» sei und darum die Einrichtung am besten verlasse.

## Dienst nach Vorschrift?

Natürlich spitzt Annarös Dreyer zu. Auch wenn sie die beiden Extremtypen in der Langzeitpflege schildert. Dem Typus A gelingt es, Dienst nach Vorschrift zu leisten, sich nicht zu sehr zu verausgaben und den Tageslauf samt Feierabend nach der Uhr zu gestalten. Notfalls wird da eben ein abgekürztes Programm absolviert; das Waschen der Bewohnerin entfällt oder wird abgekürzt, was nicht

## Langzeitpflege: Was läuft politisch?

Bei der **KLV-Verordnung** (Leistungen der obligatorischen Krankenpflegeversicherung) ist eine Senkung der Beiträge an die Spitex-Leistungen geplant. Diese Änderung könnte Mitte Jahr in Kraft treten. Abgeschlossen ist auch die Vernehmlassung zum Ausführungsrecht Gesundheitsberufegesetz. Dabei geht es um die Stärkung und Ausweitung der Kompetenzen diverser Gesundheitsberufe; Gesetz und Verordnungen treten voraussichtlich 2020 in Kraft.

Die **parlamentarischen Initiativen Graber und Keller-Sutter** haben eine gefährliche Aufweichung des Arbeitsgesetzes zum Ziel, von dem auch die Langzeitpflege stark betroffen wäre. Druck und Stress würden sich massiv erhöhen, sollte diese Deregulierung durchkommen. Allerdings ist davon auszugehen, dass in diesem Fall die Gewerkschaften das Referendum ergreifen würden. Die entsprechenden Vorentwürfe werden voraussichtlich bis zum Sommer im Ständerat behandelt, an-

schliessend wird sich ab Herbst der Nationalrat damit befassen.

In der Pipeline ist ausserdem eine Volksinitiative. Der SBK will mit der **Volksinitiative «Für eine starke Pflege»** in die Verfassung schreiben, dass die Pflege gefördert und ihre Kompetenzen ausgebaut werden. Zudem soll auf diesem Weg gewährleistet werden, dass genügend Fachkräfte zur Verfügung stehen. Der Bundesrat lehnt die Initiative aus Kostengründen ohne Gegenvorschlag ab. Aus der zuständigen Natio-

*Spricht offen über  
Missstände in der Langzeitpflege:  
Annarös Dreyer.*



hindert, dass man den entsprechenden Punkt im Verlaufprotokoll als erledigt markiert. Die Beschäftigten vom Typus B versuchen dagegen anzuwenden, was sie in ihrer Ausbildung gelernt haben. Sie wollen die Prioritäten richtig setzen. Sie sehen, dass die «schwierige» Frau Müller nicht weniger, sondern *mehr* Zeit und Zuwendung benötigt als die anderen. Sie leiden unter dem Umstand, dass sie ihre Arbeit als tägliches Versagen erleben – weil es innerhalb der Vorgaben einfach nicht zu schaffen ist, die Menschen ihrer Pflegeeinheit bis zum Frühstück mobilisiert, gewaschen, gekämmt und angekleidet zu bekommen.

Zeit- und Personalmangel führen laut Annarös Dreyer auch dazu, dass die Kommunikation mit den Bewohnerinnen und Bewohnern zu kurz kommt oder ganz entfällt. Ergo leidet die Vertrauensebene. Und wo Vertrauen fehlt, führt das zu Anspannung und Widerstand bei den zu pflegenden Menschen, was wiederum die Durchführung der alltäglichen Handlungen – Essen, Trinken, Körperpflege – erschwert. Die Beziehungsebene ist ja eigentlich eine Grundvoraussetzung für gute Pflege und Betreuung: «Wenn es dort hapert, ist das auch für die Psychohygiene der Pflegenden sehr schlecht. Beispielsweise die Situ-

ation, in der ich spüre, dass eine Bewohnerin etwas erzählen will und dass es jetzt richtig wäre, mich einfach hinzusetzen, Tee nachzugliessen und zuzuhören. Aber ich stehe in der Tür, denn ich müsste eigentlich längst im nächsten Zimmer sein...» Ähnliches gilt auch für die körperlichen Verrichtungen, bei denen sich Kommunikation auch via Körperkontakt abspielt. Auch eine demente Person spürt ganz genau, ob sie freundlich und behutsam angefasst wird oder ob das Geschäft raschrasch über die Bühne soll. Ein anderes Beispiel ist die Mundhygiene, die in Schweizer Langzeiteinrichtungen nachweislich im

nalratskommission wird aber möglicherweise die Initiative zu einem direkten oder indirekten Gegenvorschlag kommen. Abstimmungstermin voraussichtlich 2020.

Eine Bedrohung ist die sogenannte **EFAS**, die Finanzierung der Gesundheitsleistungen aus einer Hand. Falls diese – auch Monismus genannte – Finanzierungsweise tatsächlich kommt, wären die Kantone in ihrer Funktion als Steuerungsorgan geschwächt, und noch mehr Macht würde bei den Krankenkassen konzentriert. Ein

guter Service public und eine bedürfnisorientierte Langzeitpflege wären in Gefahr. Das Geschäft ist zurzeit in der Nationalratskommission für soziale Sicherheit und Gesundheit und muss bis Ende 2019 abgeschlossen werden.

Zur Lancierung in diesem Jahr vorgesehen ist die geplante **Initiative «Gutes Alter für alle»**. Sie hat eine bedürfnis- und bedarfsorientierte Langzeitpflege und -betreuung zum Ziel; die Initiantinnen und Initianten wollen deshalb auch den gravierenden Personalmangel

angehen und prekäre Arbeitsbedingungen verbessern. Auch Angehörige sollen besser unterstützt werden. Dies alles kann natürlich nur mit einer ausreichenden Finanzierung gewährleistet werden. Diese gehört deshalb zu den zentralen Forderungen des Netzwerks Gutes Alter, eines breit abgestützten Zusammenschlusses von zahlreichen Privatpersonen und Organisationen. | **Elvira Wieggers**, VPOD-Zentralsekretärin Gesundheit

Argen liegt. Wer langsam isst und langsam kaut und vielleicht mit dem Schlucken Mühe hat, bräuchte diesbezüglich besondere Aufmerksamkeit. Sie fehlt.

Der übermässige Einsatz von Medikamenten hat ebenfalls in der fehlenden Zeit eine seiner Ursachen. Ruhigstellen um jeden Preis, lautet die Devise. Nicht selten kommt es so zu einer Polymedikation, bei der am Ende niemand mehr weiss, welche Medizin überhaupt noch einen Effekt hat und wenn ja, welchen, und wie und was die Wechselwirkungen mit den anderen Pillen sind. «Dabei würde die schlichte Erkenntnis oft weiterhelfen, dass Menschen eben nicht schneller werden, wenn sie älter werden», sagt Dreyer. Die Vorgaben der Kantone und Gemeinden und der Krankenkassen orientieren sich leider nicht an diesem Umstand, dessen Bedeutung aber weiter zunimmt, weil immer mehr Hochbetagte in den Heimen sind. Und auch wenn sie noch in guter Verfassung ist, wird eine 95-Jährige nach einem Sturz mehr Zeit und Hilfe für Rehabilitation und Regeneration benötigen als eine 75-Jährige.

### Verhärten? Ertrinken?

All diese Herausforderungen führen vor dem Hintergrund von schwierigen Arbeitsbedingungen dazu, dass ein grosser Teil der Fachkräfte wieder aus der Branche abwandert – oder zumindest der Arbeit am Bett den Rücken kehrt und sich einen Job im wachsenden Bereich der «Pflegebürokratie» sucht. Dienstpläne mit einem riesigen Loch in der Mitte des Tages kommen in der Langzeitpflege häufig vor, und sie sind besonders ungünstig hinsichtlich der Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Am Morgen früh raus, Feierabend erst sehr spät, und mittags mehrere Stunden «frei», die sich gar

nicht nützen lassen und zusätzliche Arbeitswege generieren – das sind keine Trümpfe, mit denen man gute Kräfte lockt. Kantone und Gemeinden klagen prompt, sie fänden kein Personal – oder jedenfalls kein inländisches. Annarös Dreyer ärgert sich aber nur schon über die Gestaltung mancher Stellenausschreibungen: Anstatt dass die Häuser ihren Bedarf an Personal unterschiedlicher Ausbildungsstufen und Fachrichtungen definieren würden, suchen sie blindlings «1 dipl. Pflegefachperson od. 1 FaGe oder 1 Pflegehelferin». Am Ende wird die billigste Kraft angestellt, und die einzig vorhandene tertiär Ausgebildete jagt durchs ganze Haus, um jene Verrichtungen zu vollführen, die ihr laut Vorgabe vorbehalten sind. Politik und Krankenkassen wollen es so.

### «Immer kränker»

«Sie verlangen auch, dass wir mit der Stoppuhr bei den Leuten sind.» Dieser Ökonomisierung muss laut Annarös Dreyer Einhalt geboten werden, dringend! «Es war ein Fehler, dass man Elemente aus der Privatindustrie – das, was man unter «Taylorismus» zusammenfasst – auf den Care-Bereich übertragen hat», findet sie. Also eine extreme Zergliederung der Arbeit in standardisierte Einzelschritte, die den Blick aufs Ganze verstellen und das Ziel einer umfassenden Pflege verblassen lassen: «Die einen werden dazu verdammt, nur noch Aufträge zu erteilen, ohne dass sie den Alltag am Bett je erlebt hätten. Die anderen versuchen, einen letztlich unerfüllbaren Plan zu erfüllen, und verhärten dabei. Oder ertrinken.» Im Sinn einer Checkliste – «Habe ich an alles gedacht?» – mögen manche Vorgaben hilfreich sein. Aber eine gute Pflegekraft orientiert sich an der real existierenden Pflegebedürftigen zur gegebenen Stunde. Und

nicht an einem Computer, der aufgrund einer bereits wieder veralteten Einstufung nur diese oder jene Handlung zulässt. Oder einem Journal, das den Stand von vorgestern spiegelt. Ein Extrembeispiel, aber bezeugt: Material wie Einlagen – bei Kindern würde man von Windeln sprechen – wird aus Spargründen eingeschlossen, und das Personal muss jedesmal bei der Vorgesetzten betteln, wenn es ausserplanmässig welche braucht.

Hinter allem steht aus Sicht von Annarös Dreyer ein Wer-

tezerfall oder mindestens der fehlende gesellschaftliche Wille, die letzte Lebensphase für alle so gut und menschlich wie möglich zu gestalten: «Es gilt heute in den Heimen faktisch die Doktrin, dass im Zweifelsfall die Dokumentation zu stimmen hat, weil damit die Finanzierung gesichert wird. Wie es den Bewohnerinnen und Bewohnern dabei geht, steht auf einem anderen Blatt – beziehungsweise auf gar keinem.» Relevant sind dagegen die Systeme, mit denen der Bedarf je pflegebedürftige Person erhoben wird. Viel Aufwand dafür, dass in diesen Logiken die notwendige Zeit meist nicht hinterlegt ist. Vielmehr dient die Erhebung vor allem der Abrechnung von medizinisch indizierten Handlungen; alles andere – Prävention zum Beispiel – bleibt unsichtbar. Solche Standards sind dann eine Gefahr, wenn sie nicht von einer erfahrenen Fachkraft reflektiert und der Situation und dem Individuum angepasst werden können. Und haben nicht Bedarfsleistungsmessungen die Tendenz, die Leute kränker zu machen, als sie sind? «Gar nicht nötig – sie werden von selber immer kränker, wenn ihnen die nötige Zeit und Zuwendung fehlt.»

### Anspruchsvolle Arbeit anerkennen

Das Personal nimmt Dreyer keineswegs von der Verantwortung aus: Es müsste sich mutiger verteidigen und mit mehr Stolz auf seine Leistung und seine Kompetenzen verweisen. Stattdessen lässt es sich zu oft einschüchtern und entzweien und nimmt immer absurdere Vorgaben hin. Natürlich spielt da die Genderfrage mit hinein: «Es handelt sich um Tätigkeiten, die gleichzeitig auch unbezahlt verrichtet werden.» Vergessen gehe dabei, welche grosse volkswirtschaftliche Bedeutung dem Sektor zukommt. Die Arbeit beispielsweise mit Dementen ist sehr anspruchsvoll und vergleichbar mit jener auf der Intensivstation. «Würde sie den Anforderungen entsprechend bezahlt, flösse dieses Geld durch Konsum auch wieder in den Kreislauf zurück.» Es sind Arbeitsplätze, Dienstleistungen, Kaufkraft generierende Löhne – auch diese positive Bedeutung sollte aus Sicht von Annarös Dreyer stärker gewürdigt werden. Am dringendsten aber ist es, das Finanzierungssystem vom Kopf auf die Füsse zu stellen. Es braucht in der Langzeitpflege unabhängige Kontrollen. Es braucht ein Ausbildungssystem, das gut begleitetes Lernen ermöglicht. Und vor allem: «Es braucht die Einsicht, dass alte und behinderte Menschen nicht wie in der automatisierten Werkhalle justiert werden können.»

*Es fehlt oft an der Zeit zum Zuhören und Anteilnehmen.*



Die Finanzierung der Langzeitpflege und -betreuung ist und bleibt eine Grossbaustelle

# Politikversagen

**Langzeitpflege und -betreuung müssen bedürfnis- und bedarfsorientiert organisiert und finanziert werden. Doch die Politik zeigt dazu keine echte Bereitschaft.** | Text: Elvira Wiegers, VPOD-Zentralsekretärin (Foto: Mr. Nico/photocase.de)

Man wählte sich im falschen Film, als der Bundesrat im Juli 2018 seine Zufriedenheit über die Neuordnung der Pflegefinanzierung verlautbaren liess. Allerdings gebe es bei der Restfinanzierung Handlungsbedarf. Gemeint ist der durch die öffentliche Hand zu stemmende Beitrag an die Pflegekosten, welcher die nach oben begrenzten Beiträge der Krankenkassen und der Heimbewohnerinnen und -bewohner übersteigt. Durch das Kostenwachstum erhöhen sich natürlich auch diese Restkosten. Viele Kantone bzw. Gemeinden deckeln ihre Beiträge nun aber ebenfalls. Steigen die Pflegekosten über alle Deckel hinaus, muss das Heim dies als unternehmerisches Risiko selber tragen. Im Gegenzug wird oft beim Personal und dessen Löhnen gespart. Oder man versucht, das Geld doch wieder bei der Bewohnerschaft abzuzwacken.

*Die Politik ist offenbar nicht bereit, die Finanzen für ein würdiges Alter bereitzustellen.*



## Unterjubeln gilt nicht

Das Bundesgericht hat 2018 die Praxis des Kantons St. Gallen bezüglich gedeckelter Staatsbeiträge für unrechtmässig erklärt. Einige Heime waren dazu übergegangen, das Risiko den Heimbewohnerinnen und -bewohnern in Form höherer Betreuungs- oder Hotellierechnungen unterzujubeln. Diese Problematik könnte nun auch in der ambulanten Versorgung Einzug halten. So will der Bundesrat die Krankenkassenbeiträge für Pflegeleistungen, die durch die Spitex erbracht werden, senken – obwohl zunehmend «ambulant vor stationär» gelten soll. Das geht nicht auf.

All das zeigt anschaulich, wie die Verantwortung für die Kosten und die Finanzierung von einem Akteur zum anderen geschoben wird. Und es wird auch klar, wer die ungelösten Finanzierungsfragen ausbadet: das Personal und die Betagten. Mindestens so problematisch ist, dass die *Betreuung* und deren Finanzierung nicht als gleichwertiger Bereich der Alterspolitik behandelt werden. Die Grenzen zwischen Pflege und Betreuung sind fließend; die Betreuung muss innerhalb der

Langzeitpflege und -betreuung mitgedacht und mitfinanziert werden.

Eine weitere Problematik stellt die Gratisbetreuungsarbeit von Angehörigen – überwiegend Frauen – dar. Diese Arbeit ist Milliarden wert. Wann und wie will die Politik auf die Tatsache reagieren, dass aufgrund steigender Erwerbstätigkeit künftig immer weniger Frauen für diese Gratisarbeit zur Verfügung stehen werden? Es braucht deutlich mehr Übergangs- und Temporärlösungen. Sie fehlen heute weitgehend, weil ihre Finanzierung nicht oder nur unzureichend geregelt ist und diese Arbeit oft privat gestemmt wird.

In den kommenden Jahren werden massiv mehr Fachkräfte in der Langzeitpflege und -betreuung gebraucht. Bereits heute fehlen Tausende. Demenzerkrankungen werden stark zunehmen, und die zunehmende Komplexität der Krankheitsbilder im sehr hohen Alter erfordert ein besseres Ausbildungsniveau und damit auch höhere Löhne. Doch anstatt die Attraktivität der Gesundheitsberufe durch bessere Arbeitsbedingungen und Löhne zu erhöhen, nimmt die Politik in Kauf, dass

heute fast die Hälfte des Personals wegen unhaltbarer Zustände wieder aus dem Beruf aussteigt (siehe Bericht Seiten 12 bis 14).

## Ein politisches Tabu?

Aktuell belaufen sich die Kosten für die Alters- und Pflegeheime sowie die Spitex auf über 11 Milliarden Franken im Jahr. Dieser Betrag wird sich aufgrund der demografischen Entwicklung in wenigen Jahren verdoppeln. Der Bereich wird also auch in volkswirtschaftlicher Hinsicht zunehmen. Umso unverständlicher ist sein Mauerblümchensein in der Politik. Ist es ein Tabu, öffentlich anzuerkennen, dass wachsende Kosten in der Langzeitpflege unvermeidbar sind und dass kollektive Planung und Versorgung am günstigsten sind? Die DRG in den Spitälern haben gezeigt: Wettbewerb führt im Gesundheitswesen nicht zu tieferen Kosten, im Gegenteil. Die Marktlogik funktioniert hier schlichtweg nicht. Stattdessen liegt die Lösung in intelligenter Kooperation und in einer Planung, die von den pflegerischen und betreuerischen Bedürfnissen betagter Menschen ausgeht.

Bücher über zwei linke Langzeitüberlebende des Pressesterbens: WOZ und Schaffhauser AZ

# Zähe Zeitungen

Die *Schaffhauser AZ* ist die letzte Vertreterin der Arbeiterpresse. Ihr 100-Jahr-Jubiläum ist Anlass für einen Geschichtsband von Adrian Knoepfli. Die *WOZ* hat keinen «Runden»; trotzdem erhält auch sie ein Buch: Stefan Howald feiert eine «alternative Erfolgsgeschichte». | Text: Christoph Schlatter

Zwei linke Printmedien, denen mehr als einmal das Ende vor Augen stand und die dennoch bis heute existieren: Der *Schaffhauser AZ* und der *WOZ* sind kürzlich erschienene Monografien gewidmet. Natürlich kommen in den Büchern von Adrian Knoepfli (*AZ*) und Stefan Howald (*WOZ*) auch die markanten Unterschiede zur Sprache. Die *AZ* wandelte sich von einem täglich erscheinenden Parteiblatt zu einer links-alternativen Wochenzeitung für die Region. Die gesamtdeutschschweizerisch ausgerichtete *WOZ* war von Anfang an ein «Haus mit vielen Zimmern und Traditionen», stand aber der «Büezer-Mentalität» eher fern. Auch sie musste sich mehrfach neu erfinden, produktionstechnisch, sprachlich, optisch, vor allem aber finanziell.

## Geboren im November 1918

Die *Arbeiter-Zeitung* ist ein Kind des Generalstreiks: Sie erschien erstmals am 30. November 1918 und war zunächst fast identisch mit dem *Zürcher Volksrecht*. In den 1920er Jahren allerdings schlug die Schaffhauser Linke einen Sonderweg ein: Die SP trat 1920 – im Gegensatz zur nationalen – praktisch geschlossen in die Dritte Internationale ein. Also wurde auch die Zeitung unter Walther Bringolf kommunistisch und verausgabte sich in innerlinken Richtungskämpfen. Erst gegen Ende des bewegten Jahrzehnts sprangen die Schaffhauser Genossen vom Moskauer Kurs ab. Der Weg, sowohl derjenige Bringolfs (Nationalrat ab 1925, Schaffhauser Stadtpräsident ab 1932) als auch derjenige der *AZ*, führte über die KP-Opposition wieder in die SP zurück. In den 1970ern blies der Wind rau. Die *AZ* torkelte durch existenzbedrohliche Krisen,



und die «Generation 68» machte sich auf ihren «Marsch durch die Institutionen». Dieser gipfelte in der sogenannten Palastrevolution von 1986. Lange verschlafene technische Entwicklungen (vom Bleisatz zum Desktop-Publishing) wurden nun rasch nachvollzogen. Auch inhaltlich orientierte man sich neu: Man setzte eher auf Recherche und Geschichten statt auf den früheren «Belehrungsauftrag». Das konnte allerdings die übergeordneten Entwicklungen in Medienlandschaft und Konsumverhalten nicht überwinden: 1998 ging die *Schaffhauser AZ* zur wöchentlichen Erscheinungsweise über. Unter anderem deshalb hat sie bis heute überlebt – ausserdem dank einer spendierwilligen Gönnerschaft und der sehr rechtsbürgerlichen Konkurrenz vor Ort.

## Haupt- und Irrwege

Wie jeden Knoepfli liest man auch den jüngsten gerne (nicht nur, weil man, als *AZ*-Lokalredaktor von 1987 bis 1992, selber darin vorkommt). Dass ein Wirtschaftshistoriker am Werk war, ist am starken Fokus auf ökonomische Fragen zu erkennen. Dennoch gibt es auch in seinem Buch «Anekdoten und Nebensachen, die ins Zentrum zielen» – ei-

ne Formulierung, die Stefan Howald für seine Monografie über die *WOZ* gebraucht. Darin liegt der Fokus stärker auf den Inhalten der Zeitung und damit verbundenen politischen Debatten innerhalb der Linken. Howald fasst einige Kristallisationspunkte aus vier Jahrzehnten ins Auge und lässt neben den Höhepunkten auch Neben-, Schleich- und Irrwege nicht ausser Acht. Ebenso wenig die Komplikationen, die durch den Versuch entstanden, Hierarchien innerhalb des Kollektivs zu vermeiden.

Mitte der 1980er Jahre diskutierte das *WOZ*-Kollektiv allen Ernstes die Frage, ob Computereinsatz an sich als böse zu werten und zu verweigern sei. Eine interne Aktionsgruppe bekämpfte die Anschaffung von Rechnern für den Satz, blieb aber in der Minderheit. Die Genderdebatte, ein anderes Beispiel für moderne Gretchenfragen, taucht in unterschiedlicher Gestalt auf, in inhaltlicher (*Sex-WOZ*, *PorNo-Debatte*), aber auch mittels Auseinandersetzung um Binnen-I und (im September 1987 einmalig praktizierter) Totalfeminisierung.

Beide neuen Bücher haben partiell leicht hagiografischen Charakter, liefern aber auch ein Stück Schweizer Arbeiter- und Bewegungsgeschichte. Sie verdeutlichen zudem, welche Zähigkeit den Linken im Land seit jeher abverlangt wird, wenn sie sich publizistisch Gehör verschaffen wollen.

Adrian Knoepfli: «Wir sind da und bleiben da.» *Vom Klassenkampf zur Recherche: Hundert Jahre Schaffhauser Arbeiter-Zeitung, 1918–2018*, Schaffhausen (Verlag am Platz) 2018. 191 Seiten, 29.60 Franken. Bestellen unter [verlag@shaz.ch](mailto:verlag@shaz.ch).

Stefan Howald: *Links und bündig. WOZ Die Wochenzeitung. Eine alternative Mediengeschichte*, Zürich (Rotpunktverlag) 2018. 359 Seiten, 39 Franken.



## «Providence»-Streik «unverhältnismässig»?

Der Streik von 2012 im Neuenburger Spital «La Providence» ist rechtlich noch immer nicht vollständig aufgearbeitet. Jetzt hat das Bundesgericht einen Rekurs von damaligen Streikenden abgewiesen und ihre Aktion als unverhältnismässig und mithin illegal bezeichnet. Die Spitalangestellten kämpften damals für den Erhalt des Gesundheits-GAV («CCT Santé 21»), aus dem das Privatspital ausscheren wollte. Eine minimale und zeitlich begrenzte Konzession des Arbeitgebers – nämlich die Beibehaltung des GAV bis Ende Jahr – hat in der Beurteilung des Bundesgerichts dem Streik seine Legalität entzogen. Das ist aus Sicht des VPOD absurd und ein eigentlicher Blankocheck für die Unternehmen, Lohndumping zu betreiben. | *slt*

## Nachtzuschlag in Freiburg ohne Rückwirkung

Der VPOD ist vor dem Kantonsgericht Freiburg mit dem Versuch ohne Erfolg geblieben, die Erhöhung des Nachtzuschlags für das Staatspersonal auch rückwirkend anwenden zu lassen. 2013 war der Zuschlag von 10 auf 15 Prozent angehoben worden; rund 40 Angestellte verlangten, dass diese Regel zurück bis 2006 nachvollzogen werde. Sie scheiterten beim Kantonsgericht mit ihrem Vorhaben, doch das Bundesgericht sah ihr rechtliches Gehör verletzt. Der Fall kam also zur Neubeurteilung zurück ans Freiburger Kantonsgericht; dieses stellt in seinem neuen Urteil fest, ein gesetzgebender Akt regle per definitionem Künftiges und sei nur in sehr seltenen Fällen rückwirkend

*Euro-Löhne: Das Bundesgericht drückt sich.*

anwendbar. Die höhere Entschädigung wird somit nicht für die Zeit vor 2013 gewährt. Der Gang ans Bundesgericht steht erneut offen. | *vpod*



## Euro-Löhne: Bundesgericht drückt sich

Das Bundesgericht hat sich zur Frage der Bezahlung von Schweizer Grenzgängerlöhnen in Euro geäußert, ohne das eigentliche Problem anzupacken: diskriminierende Lohnkürzungen für Beschäftigte, die bei Schweizer Unternehmen arbeiten, aber in der EU wohnen. Gleichzeitig wies es die Ansprüche von Arbeitnehmenden zurück, die ihre Rechte nicht unverzüglich geltend gemacht haben, und ignoriert damit, wie die Unia beklagt, die Machtverhältnisse in der Arbeitswelt. Die Unia wartet auf die Urteilsbegründung, ehe sie politische Schlussfolgerungen zieht. | *unia (Foto: Scharvick/iStockphoto)*

## Sunil Mann Bedingungslos (Teil 1)

Setzen Sie sich doch kurz hin, und schenken Sie sich ein hochprozentiges Getränk Ihrer Wahl ein. Seien Sie ruhig grosszügig, die Weltlage rechtfertigt es. Leeren Sie dann das Glas in einem Zug und warten Sie, bis der Alkohol im Blut zirkuliert und Ihnen wohligh warm wird. Schliessen Sie jetzt die Augen und stellen Sie sich folgendes Szenario vor: Jemand – eine Frau vermutlich, nennen wir sie Jasmin – legt nach der Lektüre der morgendlichen Zeitung dieselbe mit einem genervten Seufzer zur Seite, und während sie mechanisch in ihrem – laut Packung – von überglücklichen Drittweltbauern biologisch kultivierten Maté-Grüntee rührt, umwölken düsterste Gedanken ihre zarte Stirn.

Es reicht, findet sie. Sie hat es satt, jeden Tag all diese Lügen zu lesen. So satt. Nicht unbedingt das internationale Gedöns, das tangiert Jasmin nicht so sehr, aber die systematischen Unwahrheiten, die ihr Politiker und Politikerinnen hierzulande vor Abstimmungen und Wahlen um die Ohren hauen. Diese Melange aus kalkulierter Fehlinformation und Schlagworten, die nicht der Volksseele entspringen, wie zur Rechtfertigung gern behauptet wird, sondern der untersten Schublade. Auch all die gestammelten Ausreden nach Niederlagen sind ihr zutiefst zuwider, die schlecht kaschierten Ausflüchte, die von PR-Beratern flüchtig zusammengeschusterten Erklärungen, die noch nichtssagender sind als Songtexte von DJ Antoine. Jasmin ist empört. Zu Recht, denken wir und nicken beipflichtend, ganz zu Recht.

Und plötzlich hat sie einen Einfall. Wieso kam bisher bloss keiner auf diese grandiose Idee?, wundert sich Jasmin ganz unschweizerisch unbescheiden, schiebt den Tee der überglücklichen Bauern zur Seite und fährt ihren Laptop hoch.

Eine Viertelstunde später steht ihre Petition. «Bedingungslose Grundehrlichkeit» will Jasmin einführen, bindend für jede und jeden, der vom Volk gewählt wird. Denn den Wählern sind Politiker verpflichtet, nicht Geldgebern, Interessensgruppen oder dem eigenen Vorteil, wie das oft – vermutlich aufgrund mangelnder Aufklärung – fehlinterpretiert wird.

Innerhalb weniger Stunden hat Jasmin online eine beachtliche Anzahl Stimmen gesammelt, was die Aufmerksamkeit einer mutigen und innovativen Partei, also einer, die erst noch gegründet werden müsste, auf sich zieht. Kurzerhand wird aus der Petition eine Volksinitiative, und 18 Monate später übergeben die Initianten auf der Bundesterrasse stolz mehrere Hunderttausend gesammelte Unterschriften an die Bundeskanzlei.

Sofort geht das Geheul los, man kann es sich vorstellen, die etablierten, also bereits gegründeten Parteien gehen sofort in die Offensive. Der Grundtenor ist dabei überall derselbe: Nicht die geringste Chance hat diese Initiative, sollte es zu einer Volksabstimmung kommen.

«Nachdem wir jahrzehntelang mit Lügen bombardiert wurden, werden wir mit der Wahrheit schon zurecht kommen», versichert Jasmin in einem offiziellen Statement, erntet dafür aber von ganz links bis weit nach rechts nur verständnisloses Kopfschütteln. (Fortsetzung folgt.)



*Sunil Mann ist Krimi- und Kinderbuchautor sowie Flugbegleiter.*



Ungarn: Protest gegen «Sklavengesetz».

## Gegen Ungarns «Sklavengesetz»

Ungarns Regierung Orbán sieht sich anhaltenden Protesten gegen die neue Regelung der Arbeitszeit gegenüber, die von den Gewerkschaften als «Sklavengesetz» gebrandmarkt wird. Das Gesetz bringt faktisch eine 6-Tage-Woche und führt zum Verlust angestauter Überstunden bei Stellenwechsel. Zu-

letzt im Januar haben Gewerkschaften und Oppositionsparteien zu einem landesweiten Aktionstag aufgerufen, was breit befolgt wurde. Neben der Rücknahme des Gesetzes werden höhere Mindestlöhne, die Wiederherstellung des Streikrechts und Verbesserungen im Rentensystem gefordert. In Budapest und in vielen weiteren Städten gab es Demonstrationen; es kam zu Strassenblockaden und Verkehrsbehinderungen. Weitere Protesttage sollen folgen; debattiert wird auch über einen Generalstreik. Das neue Gesetz erlaubt seit 1. Januar im Einzelarbeitsvertrag bis zu 400 Überstunden pro Jahr, die erst innerhalb von 36 Monaten ausgeglichen werden müssen. Orbán hatte die Proteste im Dezember als «hysterisches Gekreisch» bezeichnet und damit – erstmals in seiner Amtszeit – die Oppositionsparteien geeint. (Auch Kirchenvertreter und die rechtsextreme Jobbik-Partei unterstützen jetzt den Kampf gegen das neue Gesetz.) | vpod (Foto: Marton Monus/Keystone)

## 700 000 streiken in Tunesien

Tunesien wird weiterhin von Massenprotesten erschüttert: Praktisch genau 8 Jahre nach dem Sturz des Diktators Ben Ali im Januar 2011 legte diesen Januar ein eintägiger Generalstreik das Land weitgehend lahm. Fast 700 000 Beschäftigte des öffentlichen Dienstes nahmen nach Medienberichten daran teil. Folge: Alle Flüge wurden storniert, Schulen blieben geschlossen, im öffentlichen Verkehr und in den Spitälern war der Betrieb stark eingeschränkt. Der Streik richtet sich gegen die arbeiter- und Service-public-feindliche Politik der Regierung, die sich kaum von jener der vorherigen Diktatur unterscheidet. Namentlich wird gegen die massiven Kürzungen im öffentlichen Dienst protestiert, die einer Zusage der Regierung gegenüber dem Internationalen Währungsfonds geschuldet sind. Die Proteste zeigen auf, dass jene Probleme, die zum «arabischen Frühling» geführt haben, keineswegs beseitigt sind. | vpod

## Wirtschaftslektion Mindestlöhne ohne negative Effekte

Gross war die Angst(macherei) der Neuenburger Wirtschaftskreise vor dem kantonalen Mindestlohn. Trotzdem wurde er im Jahr 2011 vom Volk angenommen. Anschliessend wurde bis vors Bundesgericht prozessiert, doch dieses schmetterte den Rekurs ab. Und so wurde in Neuenburg im August 2017 ein kantonaler Mindestlohn von 19,70 Franken pro Stunde eingeführt – der erste in der Schweiz. Arbeitgebervertreter sahen öffentlichkeitswirksam Entlassungen, Standortverlagerungen und eine Verschärfung der bereits angespannten Situation für Arbeitslose auf den Kanton zukommen.

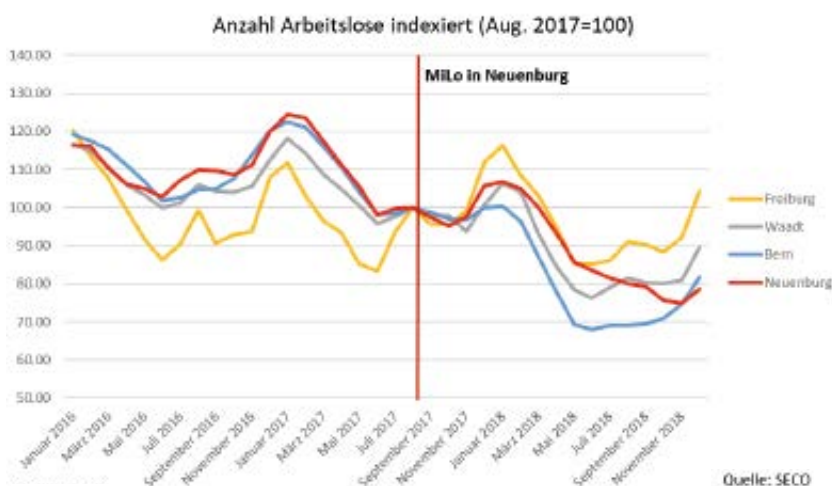
Anderthalb Jahre später dürften sich diese Kreise verwundert die Augen reiben: Von August 2017 bis Dezember 2018 sank die Arbeitslosenquote Neuenburgs von hohen 5,3 auf 4,1 Prozent. Im gleichen Zeitraum erhöhte sich die Arbeitslosenquote im mindestlohnfreien Nachbarkanton Freiburg von 2,8 auf 3,1 Prozent. Und auch in den weiteren Nachbarkantonen, Waadt und Bern, ist die Zahl der Arbeitslosen weniger stark zurückgegangen als im Kanton Neuenburg (vgl. Grafik). Auch punk-

to Beschäftigungsentwicklung schneidet der Kanton Neuenburg in den eineinhalb Jahren seit Einführung des Mindestlohnes besser ab als die Grossregion Espace Mittelland, welche neben Neuenburg die Kantone Bern, Freiburg, Solothurn und Jura umfasst.

Keine grosse Überraschung ist diese Entwicklung für Arbeitsmarktökonominnen – sowie für regelmässige Leser dieser Kolumne. Denn die Neuenburger Geschichte dünkt bekannt: Gross war auch die Angst(macherei) deutscher Wirtschaftskreise vor dem im Jahr 2015 eingeführten Mindestlohn in Deutschland (vgl. Wirtschaftslektion vom November 2017). 4 Jahre später weist Deutschland die niedrigste Erwerbslosenquote seit der Wiedervereinigung auf. Wissenschaftliche Studien finden keine oder lediglich minimale Auswirkungen des Mindestlohns auf die Beschäftigung. Stattdessen hat dieser zu einem Anstieg der Tiefelöhne sowie zur Umwandlung prekärer Minijobs in reguläre Beschäftigungsverhältnisse geführt.

Die Unternehmen waren offensichtlich in der Lage, die höheren Löhne über tiefere Margen, höhere Preise oder eine höhere Produktivität zu kompensieren. Die grössere Kaufkraft der Geringverdiener dürfte zudem zusätzlich positive Beschäftigungseffekte gehabt haben. Die Beispiele Neuenburg und Deutschland bestätigen damit die neuere wissenschaftliche Forschung. Diese belegt, dass Mindestlöhne selten zu Beschäftigungsverlusten führen, sondern vor allem die Situation von Geringverdienenden verbessern.

| Daniel Kopp, MTEC ETH Zürich



## Reiche reicher, Arme ärmer

Gemäss einer Zusammenstellung der britischen Hilfsorganisation Oxfam nimmt die weltweite Ungleichheit zu, jedenfalls im Vergleich der Milliardärinnen und Milliardäre mit der ärmeren Hälfte der Weltbevölkerung. Während letztere im vergangenen Jahr 11 Prozent ihres Vermögens einbüssten, legten die Milliardäre dieser Welt um 900 Milliarden Dollar oder 12 Prozent zu. Auch eine andere Zahl ist eindrücklich: Die reichsten 26 Personen verfügen über gleich viel Vermögen wie die gesamte ärmere Hälfte der Menschheit, die 3,8 Milliarden Personen umfasst. Noch Fragen? | *slt* (Foto: *giansignori/iStockphoto*)

## Sicherheitsstreik an Flughäfen

Mit einer «gefühlten Streikbeteiligung von 101 Prozent» (Verdi-Sekretär Guido Jurock) hat das Sicherheitspersonal an deutschen Flughäfen an mehreren Tagen im Januar stunden- oder tageweise gestreikt (siehe

auch Editorial, Seite 3). Gefordert wird eine deutschlandweite Angleichung der Löhne auf 20 Euro pro Stunde – derzeit wird das (private) Sicherheitspersonal sehr ungleich, aber maximal mit 17 Euro pro Stunde, entlohnt. Die Warnstreiks stehen im Zusammenhang mit bislang erfolglosen bundesweiten Tarifverhandlungen zwischen dem Bundesverband der Luftsicherheitsunternehmen (BDLS) und der Gewerkschaft Verdi und betrafen die Flughäfen von Berlin, Düsseldorf, Frankfurt und Köln-Bonn. | *verdi/slt*

## Flüchtlinge fordern Humanität

An einer auch vom VPOD unterstützten Demo im Dezember in Bern haben rund 1500 Personen aus vielen Ländern einen humaneren Umgang mit Geflüchteten und Migrantinnen angemahnt. Zur Kundgebung aufgerufen hatte das Migrant Solidarity Network; stark vertreten waren Menschen eritreischer, afghanischer, äthiopischer und kurdi-



Welt: Kein Protest gegen Ultrareichtum.

scher Herkunft. Sie kritisieren insbesondere das Schweizer Ausschaffungsregime und die «entwürdigende Wirkung der Nothilfe und der Administrativhaft». Die Schweiz, die am meisten Ausschaffungen gemäss der Dublin-Verordnung durchführt, müsse diesen unmenschlichen «Ausschaffungsdeal» aufkündigen, verlangen sie. | *vpod*

## Wer war's? Konkrete Poesie

Kleine Poetik-Vorlesung. Heute: Konkrete Poesie. Was ist das? Bei Wikipedia steht, diese Art von Lyrik verwende «die phonetischen, visuellen und akustischen Dimensionen der Sprache als literarisches Mittel». Also: Kein Gedicht *über* etwas, sondern ein Gedicht, das nichts beschreibt und auf nichts verweist und nichts ist und sein will als das Gedicht, das es eben ist. Man darf an dieser Stelle anmerken, dass das natürlich nicht funktioniert. Nicht wirklich. Die Bedeutungsebene der Sprache ist so stark, dass wir sie nicht einfach abschalten können. Und so ziehen die Erzeugnisse der Konkreten Poesie ihren Witz oft genau aus diesem Widerspruch: dass sie vorgeben, nichts zu bedeuten, aber natürlich von Leserinnen und Hörern trotzdem mit Bedeutungen und Bildern verknüpft und aufgeladen werden. Probe aufs Exempel bei einem, der lange vor der Zeit solche Poeme verfertigte, Christian Morgenstern:

### Die Trichter

Zwei Trichter wandeln durch die Nacht.  
Durch ihres Rumpfs verengten Schacht  
fließt weisses Mondlicht  
still und heiter  
auf ihren  
Waldweg  
u.s.  
w.

Zu den bekanntesten Exponenten der Stilrichtung im 20. Jahrhundert gehört Ernst Jandl. Wer sich mit dem Auswendiglernen von Gedichten von jeher schwergetan hat, kann sich vielleicht das folgende merken und bei passender Gelegenheit (Betriebsfeier, Hochzeit, Pfänderspiel) zum Vortrag bringen:

spruch mit kurzem o  
ssso

Erfunden wurde die Konkrete Poesie aber von – halt: Diesen Namen wollen wir ja just erraten lassen. Der in Bolivien Geborene wirkte hauptsächlich in Deutschland und in der Schweiz. Er arbeitete unter anderem als Sekretär von Max Bill und war für den Auftritt der Warenhauskette ABM («Au bon marché», im Volksmund auch «Alles billige Mischt») mitverantwortlich. 1954 schrieb er sein berühmtes Manifest. Über 60 Jahre später geriet er nochmals ins Rampenlicht. Eines seiner Werke auf der Brandmauer einer Berliner Hochschule zog Sexismusvorwürfe erregter Studierender auf sich, was in eine öffentliche Debatte über Freiheit und allfällige Entartung der Kunst (oder der Kunstkritik) mündete.

Und in den Ersatz des Männergedichts durch eines aus Frauenfeder. Frauen, Männer und alle anderen sind legitimiert zur Teilnahme am Wettbewerb um drei konkrete Büchergutscheine (100, 50, 20 Franken). Dazu ist der Name des gesuchten Dichters samt Absendeadresse auf eine Postkarte zu schreiben, auf die andere Seite kommen die gut beleckte Briefmarke und die Destination: VPOD, Redaktion, «Wer war's?», Birmensdorferstrasse 67, Postfach 8279, 8036 Zürich. Die Frist läuft bis 18. Februar. | *slt*

### Es war Markus Werner

Bertha Hallauer, Albert Bächtold, Ruth Blum und Susi Stühlinger waren genannt; punkto Auflage und Echo am bedeutendsten war im Schaffhauser Schriftschaffen aber natürlich Markus Werner (1944–2016). Der Tagesanzeiger-Nachruf stellte ihn in eine Reihe mit Frisch und Dürrenmatt. Ein weiteres Dreigestirn folgt hier: Die Gewinnerinnen von Büchergutscheinen sind Silvia Carsana (Zürich), Helen Baumann (Ammerswil) und Béatrice Baumgartner (Basel). Herzlichen Glückwunsch! | *slt*

## Willy Pouly †

Am 16. Januar, kurz vor seinem 80. Geburtstag, ist Willy Pouly, ehemaliger VPOD-Verbandssekretär und stellvertretender geschäftsleitender Sekretär, infolge seiner Parkinson-Erkrankung gestorben. «Mon Willy» nannte ihn seine Assistentin auf dem VPOD-Verbandssekretariat in Lausanne, und «notre Willy» war er bei den von ihm betreuten VPOD-Sektionen. Die hohe Anerkennung bei seinen Mitgliedern erarbeitete sich Willy Pouly insbesondere mit seiner beharrlichen kollektiven und individuellen Interessenvertretung.

Während seiner 25-jährigen VPOD-Tätigkeit betreute er in allen Kantonen der Westschweiz VPOD-Sektionen, darunter einige, die er selber gegründet hatte. Zu seinen weiteren Aufgaben gehörte unter anderem die Bildungsarbeit, für die er während 10 Jahren zuständig war. Als Vertreter der Suisse romande begleitete er mehrere Verbandskommissionen und sorgte dafür, dass die französischsprachigen Mitglieder und deren Interessen Gehör fanden. Er organisierte eine stärkere Vernetzung unter welschen Interessen- und Branchengruppen und kämpfte beispielsweise mit den Lehrberufsgruppen um mehr Anerkennung bei den jeweiligen Erziehungsdepartementen.

Als Willy Pouly 1999 in Pension ging, wollten seine Mitglieder dies nicht wahrhaben. Für sie war der Gedanke unerträglich, nicht mehr von «ihrem Willy» begleitet zu werden. Wer Willy kannte, musste ihn einfach gernhaben. Nicht nur, weil er ein absolut zuverlässiger Kollege war, sondern weil er auch Charme und Humor besass. Weitere drei Eigenschaften habe ich nur bei ihm ange-troffen: Er war schon morgens um 6 Uhr im Büro, er ging auch am Sonntag an Verhandlungen, wenn die Exekutive keinen anderen Termin fand, und er brannte seinen eigenen Schnaps, sein «Eau de vie». In diesem Sinne stosse ich noch einmal auf ihn an und behalte ihn in wärmster Erinnerung. | *Doris Schüepp, VPOD-Generalsekretärin 1994–2007*



wäre. Tatsächlich fand die Wahl, auf die angespielt wurde, 1983 statt: Reimann war unter Bürgerlichen im Gespräch als Alternative zur offiziellen SP-Kandidatin Lilian Uchtenhagen, gab aber, im Gegensatz zum dann an ihrer Stelle gewählten Otto Stich, den bürgerlichen Avancen nicht nach. | *slt*

## Delegiertenversammlung des Verbandes vom 8. Dezember 2018

Die Delegiertenversammlung des VPOD hat – von den Rücktritten der Landesvorstandsmitglieder Silvia Berri und Rolf Conzelmann mit Bedauern Kenntnis genommen. Für die Neubesetzung gilt, dass 1 Frau und 1 Mann zu wählen sind; einer der beiden freien Sitze wandert aufgrund der Mitgliederverschiebung in die französische Schweiz.

- das Budget 2019 der Allgemeinen Verbandsrechnung und damit auch die Aufteilung 80:20 zwischen Verbandsrechnung und Finanzierungsfonds gutgeheissen; der Finanzplan 2020/21 wurde zur Kenntnis genommen.
- im Hinblick auf den VPOD-Kongress 2019 die Eckwerte festgelegt: Zeitplan, Programm, Traktanden, Themen der Positionspapiere.
- Vorbereitungen für den Frauenstreik vom 14. Juni 2019 getroffen.
- Referate zu aktuellen Themen – von Zentralsekretärin Natascha Wey über die Digitalisierung in der Reinigung und von Michela Bovolenta über die AHV 21 – gehört.
- entschieden, zur Eidgenössischen Volksabstimmung vom 10. Februar 2019 (Zersiedelungsinitiative) keine Parole zu fassen.

*Stefan Giger, Generalsekretär*

*Leserbrief*

## Rahmenvertrag: Keine Denkverbote

Weshalb die Gewerkschaften und die SP den unterzeichnungsbereiten Rahmenvertrag Schweiz – EU vehement ablehnen und sich strikte geweigert haben, an einem Sozialpartnergespräch teilzunehmen, ist schwer verständlich. Weder die EU noch die freisinnigen Bundesräte hatten und haben etwas gegen das hohe schweizerische Lohnniveau und gegen flankierende Massnahmen zu dessen Schutz. Die EU hat ja selbst länderspezifische Lohnschutzmassnahmen und ist daran, die-

se auszubauen. Sie verlangt allerdings einige Änderungen beim angewandten Melde- und Kontrollverfahren. – Ist es tatsächlich unmöglich, mit einem etwas strafferen und effizienteren Verfahren unser hohes Lohnniveau ebenso wirksam oder besser zu schützen als mit dem heutigen, schon etwas in die Jahre gekommenen Verfahren? Zu Fragen dieser Art darf es auch bei den Gewerkschaften kein Denk- und Diskussionsverbot geben. – Mit ihrer stur ablehnenden Haltung gefährden Gewerkschaften und SP – zusammen mit der SVP – das Zustandekommen eines Rahmenvertrags und nehmen damit in Kauf, dass die bestehenden bilateralen Verträge in eine Sackgasse geraten und keine neuen abgeschlossen werden können. Dies – nicht der Rahmenvertrag – gefährdet unsere Arbeitsplätze und unser hohes Lohnniveau!

*Hermann Engler, Oberentfelden, VPOD-Mitglied seit 42 Jahren*

## Rote Köpfe

Von Susi zu Sunil: Die literarische Kolumne auf Seite 17 des *VPOD-Magazins* hat einen neuen Autor. Ende 2018 haben sich mit **Susi Stühlinger** auch ihre Figuren Koni, Doris und Mario verabschiedet, letztere zwei auf Weltreise, die Verfasserin für die Abschlussprüfungen ihres Jus-Studiums. Alles Gute ihnen allen! Jetzt schreibt an dieser Stelle **Sunil Mann**. Mann entstammt trotz seines Namens nicht der Thomas-Mann-Dynastie, sondern wurde im Berner Oberland als Sohn indischer Einwanderer geboren und wuchs in Spiez bei Pflegeeltern auf. Weil er neben seiner literarischen Tätigkeit als Flugbegleiter bei der Swiss arbeitet, ist er – logisch – Mitglied bei der Gewerkschaft Kapers. In seinen Krimis (der Erstling gewann 2011 den Zürcher Krimipreis) ermittelt Vijay Kumar, ein Detektiv indischer Abstammung, in Zürich – nicht immer ganz alkohol-, umweg- und absturzfrei. Bisher sind 7 Bände erschienen mit den schönen Titeln «Fangschuss», «Lichterfest», «Uferwechsel», «Familienpoker», «Faustrecht», «Schattenschnitt» und «Gossenblues». Auch als Verfasser von Kinderbüchern hat sich der in Aarau lebende Autor jüngst einen Namen gemacht («Gabriel und das grosse Tohuwabohu»). | *slt (Foto: Eke Miedaner)*



## Korrigendum

Im Nachruf über den ehemaligen SGB-Präsidenten Fritz Reimann stand fälschlich, dass Reimann 1973 beinahe Bundesrat geworden

Mit seiner Entschuldigung übernahm das Spital die Verantwortung für unklare Entkleidungsregeln im OP

# Voll entlastet

**Kollege G. wurde vom Vorwurf, sich bei der Operationsvorbereitung unkorrekt verhalten zu haben, vollumfänglich entlastet. Die Anschuldigung war besonders perfid, weil sie eine Verletzung der Intimsphäre von Kindern unterstellte – absolut zu Unrecht.** | Text: Sabine Braunschweig (Foto: amriphoto/iStockphoto)

Wer mit Kindern und Jugendlichen arbeitet, muss vielfältige Anforderungen erfüllen. Dies gilt auch in der Kinderchirurgie. Ein heikles Thema ist die Entkleidung der Kinder vor der Operation. Schamgefühle treten ab dem Alter von 3 bis 4 Jahren auf. Viele Eingriffe bei Kindern und Jugendlichen werden daher in zahlreichen Schweizer Kliniken seit Längerem ohne komplette Entkleidung vorgenommen. Das betrifft etwa Zahnbehandlungen, Operationen am Gesicht, am äusseren Ohr oder an den Augen. Das Risiko von Infektionen hat sich dadurch nicht erhöht.

Trotzdem bleiben aber natürlich Operationen, bei denen eine Entkleidung des Körpers erforderlich ist. Hygienische Risiken müssen wo immer möglich ausgeschaltet werden. Gleichzeitig gilt es aber, dem Bedürfnis nach Intimität der jungen Patientinnen und Patienten Rechnung zu tragen. Daher werden Kinder bei diesen Ein-

griffen am Körper erst im Schlaf entkleidet. Jugendliche dürfen sich vor der Narkose-Einleitung auf dem Operationstisch selber ausziehen, mit allfälliger Unterstützung des Pflegepersonals und abgeschirmt durch eine Decke. Die Unterhosen werden erst nachher entfernt. Der Büstenhalter

wird wegen möglicher Druckstellen oder Verschmutzung durch Desinfektionsmittel meist ebenfalls ausgezogen. Alle Kinder erhalten eine Operationsmütze. Im Aufwachsraum nach der OP tragen Pflegefachpersonen dafür Sorge, dass die Intimsphäre gewahrt wird.

## Kommunikative Missverständnisse

Diese Richtlinien wurden verschriftlicht, aber erst nachdem Kollege G. als Fachmann Operationstechnik fälschlicherweise beschuldigt worden war, er habe sich bei den Vorbereitungen zur Operation bei einem Kind unkorrekt

*Auch wenn die vollständige Entkleidung für die OP nötig ist, achten die Spitäler auf den Schutz der Intimsphäre, auch bei Kindern.*



**In unserer Serie «Hier half der VPOD» stellen wir exemplarisch interessante Konfliktfälle vor. Zur Darstellung von juristischen Verfahren – die Rechtshilfeabteilung des VPOD hat schon vielen Mitgliedern zu ihrem Recht verholfen und gibt dafür jährlich über eine halbe Million Franken aus – gesellen sich Berichte über Fälle, bei denen eine sonstige Intervention des VPOD Erfolg brachte.**

fe in Bezug auf die Entkleidung der Kinder nicht eindeutig definiert.

Diese unklare Situation war Ursache für Missverständnisse in der Kommunikation, wie der ärztliche Leiter der Anästhesieabteilung in seinem Entschuldigungsbrief ausführte. Er bedauerte die deplatzierten Äusserungen, die im Operationsteam gegen G. gemacht worden waren. Zwar war mit diesem Schreiben der Vorwurf des unkorrekten Verhaltens vom Tisch und G. vollumfänglich entlastet, doch dieser wollte juristisch prüfen lassen, ob die Entschuldigung ausreiche oder

verhalten. Der Vorwurf geschah vor dem Hintergrund einer unklaren Kompetenzverteilung im Operationssaal. Das Fachpersonal der Kinderanästhesie hatte die Verantwortung inne, die konkreten Handlungen wurden jedoch vom Pflegepersonal ausgeführt. Zudem waren die Abläufe

ob allenfalls Dokumente in seinem Personaldossier gelöscht werden müssten.

## Höchst unangenehm

Für den Kollegen war das wichtig, weil er sich als Gewerkschaftsmitglied seit Längerem für bessere Arbeitsbedingungen einsetzt. Er wollte wegen des Vorfalls nicht Gefahr laufen, später einmal Schwierigkeiten zu bekommen. Denn einige Vorgesetzte versuchten, ihn aufgrund seiner gewerkschaftlichen Aktivitäten in Misskredit zu bringen. Gemäss dem Vertrauensanwalt war der Brief des ärztlichen Leiters zumindest im Ansatz richtig. Dadurch übernahm das Spital grundsätzlich die Verantwortung für den Vorfall, indem es zugab, dass die Prozesse und Weisungen unklar waren. Er schlug deshalb vor, vorerst keine rechtlichen Schritte zu unternehmen. Immerhin bewirkte diese für G. höchst unangenehme Geschichte die Erstellung von Richtlinien, die eine eindeutige Kompetenzzuweisung und einen klaren Handlungsablauf für die Operationsvorbereitung von Kindern und Jugendlichen geben.

Die 77-jährige Marie-Claude Hessler erhält den Solidar-Award – für ihren Einsatz für faires Spielzeug

# Renitente Kleinaktionärin

Marie-Claude Hessler setzt sich als Kleinaktionärin für fairere Arbeitsbedingungen beim Spielwarenkonzern Mattel ein. Im Dezember wurde ihr für das hartnäckige Engagement der Solidar-Award verliehen. Porträt einer mutigen Frau. | Text: Simone Wasmann (Foto: Susanne Hefti)



Einsatz für faire Spielsachen: Marie-Claude Hessler wurde der Solidar-Award verliehen.

Anfangen hat alles vor 20 Jahren. Marie-Claude Hessler, Juristin, französisch-schweizerische Doppelbürgerin, ist heute 77 Jahre alt und kämpferisch wie eh und je. Damals schrieb sie einen Brief an den CEO von Mattel France. Hessler wollte wissen, was der Spielzeugkonzern gegen die katastrophalen Arbeitsbedingungen in den chinesischen Produktionsstätten unternahme. Als Antwort bekam sie zu hören, sie sei falsch informiert, alles sei in bester Ordnung. Aus Ärger kaufte Marie-Claude Hessler kurzerhand 250 Mattel-Aktien (im damaligen Wert von 2000 Dollar). Damit schüchtert man einen Grosskonzern wie Mattel zwar nicht ein. Aber als Juristin wusste Hessler, dass sie dadurch in den Besitz von Aktionärsrechten kommt.

## Unbequeme Fragen

Seither steigt Marie-Claude Hessler jedes Jahr im Mai ins Flugzeug nach Los Angeles. Denn als Aktionärin hat sie an der Generalversammlung von Mattel das Recht auf drei Minuten Redezeit. Sie nutzt sie für unbequeme Fragen nach den Arbeitsbedingungen in den Fabriken, von denen viele in China stehen. Denn wenn darüber gesprochen werde, so sagt sich Hessler, könne Mattel das Problem nicht mehr einfach unter den Teppich kehren. Da sie jeweils keine richtigen Antworten

erhält, reicht sie auch Anträge für Resolutionen ein. Zwar versucht Mattel regelmässig, diese Eingaben zu blockieren, aber drei immerhin kamen zur Abstimmung. Sie forderten stets das gleiche: einen Bericht, der zeigen soll, ob sich die Herstellungsbedingungen in den Fabriken verbessert haben. So wie es der Verhaltenskodex verlangt, den Mattel 1997 als erstes Spielwarenunternehmen verabschiedet hat. Die drei behandelten Resolutionen machten zwischen 4 und 12 Prozent der Aktionärsstimmen. Aktionärsaktivismus, wie Marie-Claude Hessler ihn pflegt, könnte viel verändern. Doch: «Die Aktionäre wollen Profit aus ihren Finanzanlagen ziehen. Solange die Rendite stimmt, ist es den meisten völlig egal, ob dabei Menschen ausgebeutet werden. Es zählt einzig das Geld», sagt sie. 1999 reiste Marie-Claude Hessler selbst nach China und befragte die Arbeiterinnen und Arbeiter vor den Fabriken. Das wurde nicht gern gesehen: Sie hatte danach Mühe, ihre ausländische Handynummer in China zu nutzen – ein Problem, das NGO aus Hongkong nur zu gut kennen. Immer wieder bekam sie Anrufe von Mattel-Leuten, die herausfinden wollten, wer die eigensinnige ältere Dame sei. Es schien unmöglich, dass sie allein agiert. Doch die Schikanen konnten Hessler nicht beirren. Und ihr stetes Engagement zahlt sich aus.

## Erste Massnahmen

2016 nahm Mattel zum ersten Mal einen Bericht von China Labor Watch ernst – Hessler ist mit dem Gründer dieser NGO, Li Qiang, befreundet und unterstützt die investigativen Recherchen auch finanziell. Als Massnahme kündigte Mattel Fabrikbesuche an. Für Marie-Claude Hessler ist das eine Zwischenstation. Nicht mehr. Aber auch nicht weniger. Und sie zieht selbst eine Zwischenbilanz: «Mattel würde sich natürlich freuen, wenn ich nicht mehr an der Generalversammlung auftauchen würde. Doch das ist ausgeschlossen. Ich lasse nicht zu, dass sie gewinnen. Nicht nach 20 Jahren Engagement.»

Der US-Konzern Mattel, gegründet 1945, ist nach Lego der zweitgrösste Spielwarenhersteller der Welt. Er beschäftigt über 30 000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in mehr als 40 Ländern; namentlich die Produktion in China ist umstritten. Mattel stellt unter anderem Spielzeugautos und Actionfiguren her. Das bekannteste Mattel-Produkt ist die Barbie-Puppe, die 1959 auf den Markt kam (ihr «Freund» Ken folgte 1961). Der feministischen Kritik am damit vermittelten Frauenbild begegnete Mattel mit zahlreichen Massnahmen – unter anderem einer Frida-Kahlo-Barbie, allerdings mit den bekannten unrealistischen Körpermassen. | *sl*

Milena Conzetti, Geografin und (Nebenfach-)Forstingenieurin, Amt für Wald beider Basel

# Die Anwäldin

**Milena Conzetti hat den Wald zu ihrem Beruf gemacht. Gleich für beide Basel schafft sie pädagogische Module und betreibt Öffentlichkeitsarbeit. «Durchmischung» ist hilfreiches Konzept, nicht nur für Bäume.**

| Text: Christoph Schlatter (Foto: Alexander Egger)

Schnee liegt jetzt doch keiner, obwohl ein hübsches Foto im Winterwald geplant und die Andeutung, für einen solchen Hintergrund zu sorgen, geäussert worden war. Mag's in Zürich weiss sein – Basel bleibt schneefrei. Der Spaziergang im Allschwiler Wald ist trotzdem ergiebig. Er illustriert, mit welchen Herausforderungen es Milena Conzetti zu tun hat, die beim Amt für Wald beider Basel für Öffentlichkeitsarbeit und Waldpädagogik verantwortlich ist. Dass es sich um eines der wenigen kantonsübergreifenden Ressorts handelt und sie also zwei «Herren» zu dienen hat, ist dabei noch die geringste Schwierigkeit.

## Luftfilter? Romantikkulisse?

In kurzer Zeit begegnen wir: zwei Reitern, einer Joggerin, einer Dame mit Hündchen und einem feldstecherbewehrten Vogelbeobachter. Blau schimmert Tafel 15 des Vita-Parcours durchs Gehölz. Eine Kindergruppe ist nicht zu sehen, aber zu hören. Alle diese Menschen haben sehr unterschiedliche Ansprüche an den Wald. Es gibt noch mehr: Ist der Forst in erster Linie Anbaufläche für Holz? Ein Jagdrevier? Grillplatz? Luftfilter? Romantikkulisse? Schon wandern die Gedanken mindestens zu Hänsel und Gretel, wenn nicht zu Eichendorff: «Wer hat dich, du schöner Wald, aufgebaut so hoch da droben ...?»

Der Kollegin, studierte Geografin (Uni Bern), Nebenfach-Forstingenieurin (ETH) und Gymlehrerin, geht es vor allem darum zu zeigen, dass der Wald, wie wir ihn heute in der Schweiz vorfinden, keineswegs «Natur pur» ist. Sondern dass Menschen ihn für ihre Bedürfnisse gestalten. Hier, so dicht bei der Grossstadt, geht die Funktion als Erholungsgebiet anderen Nutzungen vor. Das schliesst nicht aus, dass wertvolle Eichen geerntet und das eine oder andere Reh geschossen wird. Aber die Wege sind nicht bloss für die Forstwirtschaft, sondern auch für Erholungssuchende angelegt. Ganz gratis ist das alles nicht. Dafür Verständnis zu schaffen, gehört mit zu Milena Conzettis Job.

Steht für den Wald ein:  
Milena Conzetti  
(im Wald).



Bäume rechnen in Jahrzehnten. Daher muss auch die Waldplanung grössere Zeithorizonte umfassen. Stichwort Klimaerwärmung: Mutmasslich wird die heute hier häufige Buche in Bälde ein Problem bekommen. Die Eiche, die sich mit Trockenheit und höheren Temperaturen flexibler arrangiert, ist darum eine der Favoritinnen für die Zukunft. Allerdings nicht in Monokultur. «Vielfalt» ist ein Wort, das Milena Conzetti sehr häufig verwendet. Nicht ohne Grund: «Es kann sein, dass neu auftretende Schädlinge einer bestimmten Baumart stark zusetzen.» Das ist beispielsweise der Esche passiert, die sich seit der Jahrtausendwende eines Pilzes zu erwehren hat, der zuvor hier nicht bekannt war. Durchmischung verhindert, dass in so einem Fall gleich ganze Flächen eingehen.

## Waldmobil on tour

Es ist nützlich, wenn derartige Nachhaltigkeitsüberlegungen auch an Schulen betrieben werden. Kinder können und sollen sich Gedanken machen zu klimaneutralen Ressourcen. Von Milena Conzetti erarbeitete Mo-

dule locken auch die nicht waldpädagogisch vorbelasteten Lehrkräfte und sorgen dafür, dass das Waldmobil fast unentwegt auf Tour ist. So ein Schulmorgen unterm Blätterdach passt ja auch prima in den neuen Lehrplan 21. Vielleicht gehört dann in ein paar Jahren oder Jahrzehnten noch eine andere Monokultur der Vergangenheit an: Heute trifft man in den Forstberufen noch immer fast ausschliesslich auf Männer.

Unter anderem wegen diesem Umstand stiess Milena Conzetti zum VPOD. In ihrem familiären Leben ist Gleichstellung umgesetzt: Die Eltern von einem Sohn und einer Tochter arbeiten je 50 Prozent. Dafür bleibt Zeit für umweltpolitische und soziale Freiwilligenarbeit und fürs Teetrinken mit der Grossmutter, die mit 101 Jahren schon in fast bäumischem Alter steht. – Eine Frage lässt sich zum Ende nicht unterdrücken: Besteht eine Verwandtschaft zu Gerda Conzetti, der Kult-Basteltante der Nation aus den 1970er Jahren? «Entfernt verschwägert», lautet die Antwort. Einen Vorteil habe die Sache doch: Ihren Namen muss Milena Conzetti nur selten buchstabieren.



# FREITAGS TRAGEN WIR ROT

UNTERSTÜTZE DEN FRAUEN\*STREIK!  
TRAGE JEDEN FREITAG ROT

#FRAUENSTREIK2019 | #ROTERFREITAG | WWW.VPOD.CH



«Wer übernimmt  
die Kosten für die Delle  
an meinem Auto, wenn  
der Verursacher  
nicht zahlt?» »

Jetzt Multi Rechtsschutz  
abschiessen für nur Fr. 138.–  
für vpod-Mitglieder!

[www.vpod.ch](http://www.vpod.ch)

vpod  ssp

## Impressum

Herausgeber: VPOD

Generalsekretär: Stefan Giger

Redaktion: Christoph Schlatter | slt

Sekretariat: Hilde Bigler

VPOD-Zentralsekretariat  
Birmensdorferstrasse 67, 8004 Zürich  
Postfach 8279, 8036 Zürich  
Telefon 044 266 52 52  
Fax 044 266 52 53  
redaktion@vpod-ssp.ch  
www.vpod.ch

Erscheint 10-mal pro Jahr

Satz, Druck und Spedition:  
gdz AG, Zürich

Auflage: rund 20000 Exemplare

Anzeigenregie:  
VPOD-Zentralsekretariat  
Birmensdorferstrasse 67, 8036 Zürich  
Postfach 8279, Telefon 044 266 52 52  
Fax 044 266 52 53  
hilde.bigler@vpod-ssp.ch

Platzvorschriften unverbindlich

